

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 RM, monatlich 1.00 RM, vierteljährlich 2.50 RM, halbjährlich 4.50 RM, jährlich 8.00 RM. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsnummern mit Illustration 10 Pf. Beilage: Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1.50 RM pro Monat. Eingetragenes in die Volk-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 4.00 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erchelet 12/13a.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsachstellige Anzeigen- und deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Zeitungs- und Berichterstattungs-Anzeigen 90 Pf. „Kleine Anzeigen“, das sechsachstellige Wort 20 Pf. (zwei bis 2 sechsachstellige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Zeilen. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Telefonnummer: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 24. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Telefonnummer: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Gefährdung der Volksernährung durch Branntweinerzeugung.

Die Spiritusbrenner, die bekanntlich durch ihre Organisation, die Spirituszentrale, großen Einfluß auf die maßgebenden Reichsämter besitzen, sind jetzt eifrig bemüht, das Kriegsernährungsamt dahin zu beeinflussen, daß es noch in größerer Maße, als es schon im Vorjahre geschah, den Brennereien Kartoffeln und Getreide zur Herstellung von Branntwein überläßt. Um dafür Stimmung zu machen, wird behauptet, die Kartoffelernte und die Getreidernte übertreffe in diesem Jahre alle Erwartungen, es seien an 60 Millionen Tonnen Kartoffeln in sicherer Aussicht und die Getreidernte sei eine gute, stellenweise eine sehr gute, folglich könne es nicht im geringsten die Volksernährung beeinträchtigen, wenn mehr als im Vorjahre Kartoffeln und für die Kornbrennereien Getreide abgegeben würde.

Gegen eine solche Verwendung der für die menschliche Ernährung notwendigen Nahrungsmittel müssen wir ganz entschieden Widerspruch erheben! Freilich wäre eine Ernte von 60 Millionen Tonnen Kartoffeln ein noch niemals erzielter Ertrag, denn der bisher höchste wurde 1913 mit 54 Millionen Tonnen gewertet. Aber dieser Ertrag verringerte sich um 2/3 Millionen Tonnen, da von der Ernte über 4 Proz. erkrankten, während 1914 von der geringeren Ernte, die auf 45,6 Millionen Tonnen geschätzt ist, nur 1,7 Proz. krank wurden. Wenn also auch der Ertrag der diesjährigen Ernte höher wäre, könnte jetzt doch noch nicht mit Sicherheit festgesetzt werden, wie viel davon schließlich für die menschliche Ernährung nutzbar bleibt und wie viel erkrankt. Andererseits steht der Ertrag jetzt noch keineswegs mit Sicherheit fest, ja nicht einmal zuverlässige Schätzungen sind möglich, da die bisher bekannt gewordenen sich sehr widersprechen. Sachen schreibt der bayerische Bauernführer Dr. Schm im „Berliner Tageblatt“, daß für Bayern die Kartoffelernte nach übereinstimmenden Berichten, die sich aber auch mit Berichten aus anderen deutschen Bundesstaaten decken, nicht so ergiebig ausfalle wie im vorigen Jahre. Also schon weil noch gar nicht feststeht, ob die noch zu erntenden Kartoffeln auch für die Ernährung von Mensch und Vieh ausreichen werden, kann und darf jetzt unter keinen Umständen den Kartoffelbrennereien eine bindende Zusage gemacht werden. Noch viel weniger aber darf das bei den Getreidebrennereien der Fall sein. Im vorigen Jahre hatte die Kriegsernährungsstelle der Kornspirituszentrale zu Düsseldorf 45 000 Tonnen Roggen zum Schnapsbrennen überwiesen, von denen allerdings, als in unserer Parteipresse dagegen Protest eingelegt wurde, die Hälfte noch für die Volksernährung gerettet werden konnte, wie Freiherr von Stein auf die Anfrage des Genossen Davidohn im April d. J. im Reichstage mitteilte. Es wäre bei der großen Beschränkung, der die Verteilung von Brot und Mehl unterliegt, unverantwortlich, wenn etwa auch in diesem Jahre Getreide, das zur menschlichen Ernährung dienen kann, zu Schnaps verarbeitet wird!

Für technische Zwecke wird ja in diesem Jahre der Bedarf an Spiritus durch eine erfreuliche technische Neuerung zum Teil wenigstens gedeckt werden können und zwar durch Ablaugen der Zellstoffabriken. Bei der Herstellung von Zellstoff aus Holz wird dieses mit schwefelsaurem Natron (Natriumsulfat) aufgeschlossen, es entstehen dabei Ablaugen, die man bisher nicht nur nicht verwenden konnte, sondern deren Beseitigung lästig und kostspielig war. Diese Sulfatlaugen enthalten Zucker, der durch die Einwirkung der schwefeligen Säure auf das Holz entsteht, und dieser Zucker wird in Schweden, wo die Zelluloseindustrie sehr entwickelt ist, schon seit Jahren auf Spiritus verarbeitet. Wie jetzt offiziell bekannt gegeben wird, hat die deutsche Reichsregierung die schwedischen Patente aufgekauft, und errichtet jetzt aus Reichsmitteln 14 Riesenzentren in Deutschland, die im Dezember fertig gestellt sein werden, mit einer Produktion von 400 000 Hektoliter Spiritus, der für technische Zwecke verwendbar ist. Das ist fast ein Viertel dessen, was im letzten Friedensjahre für gewerbliche Zwecke verbraucht wurde. Die während des Krieges erfolgte Steigerung des Bedarfs an technischem Spiritus zur Herstellung von Munition und als Ersatz für Benzin kann also jetzt ohne vermehrte Verwendung von Kartoffeln gedeckt werden, und da die Erzeugung von Trinkspiritus nur soweit unbedingt erforderlich ist, als dieser für medizinische Zwecke gebraucht wird, so ist im Interesse der Volksernährung zu erwarten, daß das Kriegsernährungsamt die eigenmächtigen Forderungen der Branntweinbrenner nach erhöhter Zuteilung von Kartoffeln ablehnt. Nur solche Kartoffeln, die weder zur menschlichen noch zur tierischen Ernährung mehr tauglich sind, also verfaulte und erkrankte Kartoffeln sollten zur Herstellung von Branntwein dienen dürfen. Durchschnittlich sind es 10 Prozent der Kartoffelernte, die jedes Jahr durch Fäulnis, Frost oder Krankheit zugrunde gehen, so daß sie weder für Mensch noch Vieh zur Nahrung dienen können. Im Frieden wurden in den Brennereien etwa 2 1/2 Millionen Tonnen Kartoffeln gebrannt. Sehn Prozent einer Ernte auch nur von 50 Millionen Tonnen ergibt schon das Doppelte dessen, was die Brennereien bei vollem Betriebe brauchen, und dort wäre dann die Ver-

wendung solcher Kartoffeln volkwirtschaftlich sogar sehr nützlich, da die beim Brennen zurückbleibende Schlempe ein gutes Viehfutter ist. Aber gesunde Kartoffeln oder gar Roggen darf unter keinen Umständen zur Erhaltung von Brennereien Verwendung finden, sie müssen für die Ernährung von Mensch und Vieh vorbehalten bleiben — zu viel können es auch bei der besten Ernte nicht sein, denn der Bedarf ist bei dem Mangel anderer Nahrungsmittel geradezu unbegrenzt! —

Prozess Liebknecht.

Ueber die gestern stattgehabte Verhandlung in der Berufungsinstanz gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Karl Liebknecht geht uns folgender offizieller Bericht des Wolffschen Telegraphenbureaus zu:

Berlin, 23. August. (W. T. B.) In dem Verfahren gegen Karl Liebknecht begann heute 9 Uhr morgens im Militärgerichtsgebäude in der Lehrterstraße die oberkriegsgerichtliche Hauptverhandlung. Das Gericht ist besetzt mit einem Regimentskapitän als Vorsitzenden, einem Oberkriegsgerichtsrat, der die Verhandlung leitet, einem weiteren richterlichen Militärjustizbeamten, zwei Majoren, einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Dem Angeklagten steht als von ihm erwählter Verteidiger wieder Rechtsanwalt Braude aus Braunschweig zur Seite. Bei Beginn der Sitzung beantragte der Vertreter der Anklage den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatsicherheit und wegen Gefährdung militärischer Interessen. Diesem Antrage wurde seitens des Gerichts stattgegeben. Die Verlesung des Urteils wird ebenso wie in der ersten Instanz in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Berlin, 23. August. (W. T. B.) In der Strafsache gegen den Armierungssoldaten Karl Liebknecht hat das Oberkriegsgericht heute nachmittag dahin erkannt, daß Liebknecht wegen versuchten Kriegsverrats, erschwerten Ungehorsams und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu

vier Jahren und einem Monat Zuchthaus, worauf ein Monat Untersuchungshaft anzurechnen, zur Entfernung aus dem Heere und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren zu verurteilen sei.

Gegen das gestrige Urteil sieht Liebknecht das Rechtsmittel der Revision zu.

Handels-U-Boot „Deutschland“ in Bremen angekommen.

Bremen, 23. August. (Wesemanns Telegraphisches Bureau.) Die Deutsche Ozean-Reederei G. m. b. H. meldet: Das erste Handelsunterseeboot „Deutschland“ hat heute nachmittag vor der Wesermündung angeankert. An Bord alles wohl. (W. T. B.)

Die glückliche Ankunft der „Deutschland“ stellt der Führung des Handels-U-Bootes das ehrenvollste Zeugnis aus. Denn sicherlich war es keine kleine Sache, das ja für seine Rückfahrt allen feindlichen Nachstellungen ausgesetzte Fahrzeug auf der weiten Route über den Atlantischen Ozean und durch die englischen Gewässer wohlbehalten in den heimatischen Hafen zu steuern.

Die Bedeutung des glücklichen Versuchs darf, zumal inzwischen weitere Handels-U-Boote fertiggestellt worden sind, auch ohne den wirtschaftspolitischen Wert dieses Kriegserfahrungsversuchs zu übertreiben, hoch gewertet werden. Gibt es doch eine Anzahl von Rohstoffen, auf deren Zufuhr Deutschland während des Krieges großes Gewicht legen muß. Auch bei der beschränkten Ladefähigkeit solcher Handels-U-Boote bedeutet die Einfuhr von Nadel, Gummi und anderen Materialien eine außerordentliche Erleichterung. England wird sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß auch die strengsten Absperrmaßnahmen künftig nicht zu verhindern vermögen, daß Deutschland seinen Bedarf an wichtigen Kriegsmaterialien durch die neuen Handels-U-Boote deckt.

Erstaunlich rasch haben deutsche Reedereien das neue technische Hilfsmittel zu schaffen vermocht. In wenigen Monaten sind alle Schwierigkeiten beseitigt worden. Nach Entwürfen, die der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Ozeanreederei, Herr Alfred Lohmann in Bremen, und gleichzeitig die Kruppische Germania-Werft in Kiel entworfen hatten, wurde der Bau der Handels-U-Boote begonnen. Trotz der Neuheit des ganzen Typs wurden die grundlegenden Konstruktionsarbeiten und der Bau des ersten Schiffes schnell erledigt. Nach glücklicher Absperrung der Probefahrten konnte die Ausreise angetreten werden.

Ueber die Abmessungen des U-Bootes wird mitgeteilt, daß die Gesamtlänge 65 Meter, die größte Breite 8,9 Meter, der Tiefgang 4,50 Meter, das Displacement 1900 Tonnen und die Tragfähigkeit 750 Tonnen beträgt. Der Vorrat ist so groß bemessen, daß er für die Hin- und Rückreise ausreicht. Für die Ueberwasserfahrt werden Dieselmotore benutzt, während für die Unterwasserfahrt Elektromotoren in Tätigkeit treten. Mit Rücksicht auf die lange Reisedauer mußte auf die gute Unterbringung der Mannschaft besondere Sorgfalt gelegt werden. Auch alle Sicherheitsvorrich-

tungen sind den Vorschriften der See-Verursachungs-Kasse gemäß angemeldet worden.

Es versteht sich, daß diese Handels-U-Boote vorläufig auf Kriegszeit beschränkt sein werden, da für Friedenszeiten die Ladefähigkeit im Verhältnis zu den Kosten eine zu geringe ist.

Die Schlacht an der Somme im Monat Juli.

(Zweiter Teil.)

IV.

Der zweite Tag brachte auf der ganzen Front die Fortsetzung der erbitterten Angriffe. Nördlich der Somme war den Gegnern kein stärkerer Erfolg beschieden, nur wieder hohe blutige Verluste. Südlich des Flusses indessen gelang es uns zwar, Etrées gegen weitere Angriffe zu halten, aber die Dörfer Bascourt, Herbecourt, Avesvillers fielen in die Hand des Feindes. In der Nacht vom 2. zum 3. Juli sah sich die rechte Flügeldivision des hier stehenden Armeekorps genötigt, in die Linie Viaches-Barleug zurückzugehen.

Es sollen nun im folgenden zunächst die weiteren Ereignisse südlich der Somme vom 3. bis 14. Juli betrachtet werden. Hier war am Abend des 3. Juli die Lage die, daß unsere vordere Linie sich von Viaches über die dem Feinde zugewandten Dorfränder von Barleug, Velloh und Etrées nach Soyecourt zog. Durch die Lösung der rechten Flügeldivision vom Feinde war vor ihrer Front ein Zwischenraum entstanden, in den der Feind nur zögernd vorrückte. Der 3. Juli blieb ohne Infanterieangriffe, doch lagen unsere neuen Stellungen beständig unter schwermem Artilleriefeuer. Mitten zwischen beiden Fronten lag völlig verlassen das Dorf Blancourt. Es wurde erst in der Nacht vom 3. zum 4. vom Feinde besetzt. Inzwischen waren hinter dem Südbüschel erhebliche Verstärkungen an Artillerie und Infanterie eingetroffen; die erstere nahm die neuen feindlichen Stellungen unter starkes Feuer, die letztere brachte den erschöpften und zurückgezogenen Truppen der vorderen Linie die wohlverdiente Abholung. Durch Offizierpatrouillen stellten wir fest, daß der Feind sich an den äußeren Rändern von Blancourt und Avesvillers ein-grub. Am Abend dieses Tages begannen weitere feindliche Vorstöße auf der Linie Velloh-Etrées-Soyecourt. Der Feind nahm Velloh und stieß weiter nach Süden vor, wurde aber durch Gegenangriff wieder in das Dorf hineingeworfen und auf die Straße Barleug-Verny zurückgedrängt, welche noch heute den Verkauf unserer vorderen Stellungen bezeugt. Vergebens brach der Feind zwischen Etrées und Soyecourt nach Denbecourt vor und herein, unsere Reserven warfen ihn wieder hinaus. Am äußersten rechten Flügel des Südbüschels, am Somme-Ufer, drückte der Feind eine weit vorgeschobene Kompagnie auf das rechte Somme-Ufer zurück; die Betenden sprengten hinter sich die Sommebrücke bei Halle in die Luft. Im übrigen hielt der rechte Flügel bei Viaches. Noch in der Nacht vom 4. zum 5. Juli scheiterte ein feindlicher Angriff auf Viaches in unserem Sperrfeuer.

Inzwischen waren weitere Verstärkungen eingetroffen. In heftigen Kämpfen um den Besitz von Velloh und Etrées blieb ersterer Ort schließlich in der Hand des Feindes.

So hatte sich in den Kämpfen der ersten fünf Tage für den Südbüschel eine neue, rechts stark zurückgezogene Frontlinie gebildet. Sie verlief nördlich in ihrem Nordteil nördlich der Somme von dem über die Ronacu-Ferme am Südrande von Cléry und Halle entlang bis nach Sainte Radegonde, der Vorstadt von Peronne, ging dann bei Viaches auf das linke Somme-Ufer über, umschloß Viaches einschließlich der Ferme La Maisonette und Barleug, von hier aus folgte sie der Straße Barleug-Verny bis zur Römerstraße, schlang sich an dieser entlang in weitem Bogen um Velloh herum, dann wieder nördlich, so daß das ganze Dorf Etrées nebst seinem Gürtel von etwa einem Kilometer Breite noch in unserer Hand war, und trat etwa 1 Kilometer südlich der Römerstraße wieder auf unsere unerklärtermaßen alten Stellungen.

Die nächsten Tage wurden damit verbracht, die nunmehr festgelegten Stellungen auszubauen und die Verhältnisse neu zu ordnen. Erst am 9. Juli begann eine Reihe von Einzelangriffen. In diesem Tage konnte nach kurzem Zometfeuer der Feind Viaches, La Maisonette und Barleug nehmen. Barleug wurde aber sofort durch zwei Kompagnien der mecklenburgischen Grenadiere wieder erobert, und eingetroffene Verstärkungen holten am 10. auch La Maisonette zurück.

Der 11. Juli brachte auf dem gesamten Abschnitt südlich der Somme einen neuen großen Angriff der Franzosen, der indessen abgelenkt wurde, ebenso wie ein erneuter Angriff auf Barleug.

Am 15. gelang es, Viaches zurückzuerobern, während am 16. die Maisonette-Ferme verloren ging und bis heute noch in Händen des Feindes blieb. Der nördlich der Ferme gelegene Wald fiel ebenfalls am 16. an den Feind, er wurde aber bald wieder genommen. Am 18. waren heftige Angriffe gegen Viaches, am 17. solche gegen Viaches und dem Maisonette-Wald zu befehlen. Dann trat am 18. und 19. im Südbüschel verhältnismäßige Ruhe ein.

V.

Während dies sich im Südbüschel abspielte, hatten im mittleren Abschnitt, zwischen Somme und Ancre, ebenfalls heftige Kämpfe stattgefunden. Wir hatten gesehen, daß es hier den Engländern in den nördlichen zwei Dritteln des Abschnittes am ersten Tag lediglich gelungen war, in die vordere deutsche Stellung einzudringen und bis zum Rande der Dörfer Maney und Montauban vorzudringen. Gleichzeitig hatten die Franzosen bis an den Westrand von Herbecourt vorstößen und südlich noch das Dorf Curly nehmen können. Ein geringer Erfolg in Anbetracht dessen, daß auch hier eine womöglich noch stärkere Artillerievorbereitung vorausgegangen war bei beispiellosem Einbruch schwerer Geschütze. Von nun an wurde in diesem Abschnitt fast ohne jede Unterbrechung gekämpft. Der Feind war fortgesetzt in der Lage, die gleichen ungeheuren Massen von Geschützen aller Kaliber, ferner Minenfeuer und Gasangriffe wirken zu lassen und seiner Feuerfähigkeit durch eine Ueberzahl von Flugzeugen die Richtung zu geben. Auch setzte er bei seinen Infanterieangriffen starke, völlig frische Truppenmassen mit einer höchst-

*) Siehe Artikel und Karte in Nr. 231 des „Vorwärts“.

losen Menschenbergende ein, wie wir sie bisher nur vom östlichen Kriegsschauplatz kannten. Jedoch auch hier für ihn dieselbe Ueberrückung: Nicht gerüstet hatte die Artillerie die Verteidiger, sondern nur hart gehämmert. Schrittweise, unter furchtbaren Verlusten, drängte die vielfache Uebermacht sich wohl bis zum 20. Juli vorwärts, nach diesem Tage aber hat sie trotz grimmigster Kämpfe nur noch an einer einzigen Stelle einen unbedeutenden Gewinn erzielt.

Die langsamen Geländefortschritte des Feindes lassen sich im einzelnen in einer überblickenden Darstellung nicht verfolgen. Ihre Hauptabschnitte werden bezeichnet durch die Dörfer und Waldstücke, welche das Kampfgebiet beherrschten.

Die Kämpfe im mittleren Abschnitt zwischen dem 1. und 20. Juli gliedern sich deutlich in den französischen und englischen Anteil. Die Grenze der beiden Frontabschnitte liegt in ihrem allgemeinen Verlauf etwa ein Kilometer südlich der Straße Ramey-Montauban-Guillemont. Den beherrschenden Platz in diesem Abschnitt nimmt das Dorf Hardcourt ein. Es wurde nach erbitterten Kämpfen am 8. Juli von den Franzosen erreicht und vom 8. Juli ab behauptet.

Besonders schwierig gestaltete sich die Lage der deutschen Truppen in dem Südteil des französischen Nordabschnittes. Den gegenüber dem südlichen Somme-Ufer gelegenen Abschnitt hatten wir bekanntlich gleich zu Anfang geräumt. Von hier aus war es dem Feinde möglich, nun unseren linken Flügel nördlich der Somme unter Artilleriefestsetzung zu nehmen. Aus diesem Grunde wurde das Dorf Hem alsbald unhaltbar und mußte samt den nördlich vorgelagerten Höhen schon am 5. Juli aufgegeben werden. Im übrigen hielt Hingebungsbolle Ausdauer der dort zur Ablösung herangewandten schlesischen Truppen den nördlichen Sommerand und die Vinte Monacu-Ferme bis etwa zur Mitte zwischen den Dörfern Hardcourt und Maurepas im wesentlichen unerschüttert fest. Was unsere Kämpfer gerade hier unter dem von neuem Tag und Nacht auf sie niederschlagenden Artilleriefeuer auszuhalten hatten, spottet jeder Beschreibung.

Auch im englischen Abschnitt setzten die Kämpfe immer wieder Tag und Nacht ein. Größere Angriffe auf breiterer Front haben am 10. und 14. Juli stattgefunden. Bis zum 6. Juli schoben die Engländer ihre vorderste Linie bis an den Südrand von Longueval einschließlich des Waldes von Vernaumont vor. Während Kämpfe entspannen sich um den Besitz des Tröneswäldchens, das 19mal vom Feinde genommen und 18mal wieder verloren wurde, bis es seit dem großen Angriff vom 14. Juli wirklich seinen Besitz nennen konnte. Gegen Nordwesten dehnten sich die Engländer schrittweise aus, indem sie den heftig umstrittenen Rameywald und das Dorf Contalmaison um den 10. besetzten. Der für den 14. Juli, zu Ehren des französischen Nationalfeiertages, vorausgesehene Angriff beschränkte sich auf den englischen Abschnitt und blieb hier nicht ohne Erfolg für den Feind, der Bagatin-le-Petit und le-Grand sowie den größten Teil von Dvillers einnahm. Gegen die Mitte des Monats hatten sich die Engländer bis zur Linie Südrand von Vozlères, Fourceaux-Wald, Longueval, Delville-Wald, Westrand von Guillemont vorgearbeitet. Am 17. fiel auch der Rest der Dörfer Dvillers und la Boisselle in ihre Hand. Damit aber ist das Vordringen der Engländer im wesentlichen abgeschlossen geblieben. (W. L. B.)

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 22. August. (W. L. B.) Bericht des Hauptquartiers. An der Trakfront und an der Kaukasusfront ist die Lage unverändert. An der Kaukasusfront wurden auf dem rechten Flügel einzelne gegen einen Teil unserer vorgeschobenen Stellungen gerichtete feindliche Angriffe durch Gegenangriff unserer Truppen völlig zurückgeschlagen, und zwar mit ungeheuren Verlusten für den Feind, der allein im Abschnitt von Dognott dreitausend Mann verlor. Außerdem zählten wir vierhundert Tote, darunter vier Offiziere, allein vor unseren Stellungen bei Kighi. Wir machten ferner einige Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr. Im Zentrum außer einigen unbedeutenden Patrouillengefechten kein Ereignis. Von den anderen Fronten liegt keine neue Nachricht vor.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 22. August. (W. L. B.) Bericht des Hauptquartiers. An der Struma brachten wir dem Gegner am 21. eine Niederlage bei. Dieser rettete sich durch die Flucht auf das rechte Ufer. Das ganze Gelände in der Umgebung der Dörfer Enikew, Revolen und Topalovo ist mit feindlichen Leichen bedeckt. Wir haben bisher mehr als 400 Leichen, darunter mehrere Offiziere, gezählt. Wir erbeuteten acht Maschinengewehre, eine Menge Gewehre, Granaten, Artilleriematerial, Wagen usw. 190 unermundete Gefangene, darunter vier Offiziere und 60 verwundete Gefangene blieben in unserer Hand. Eine große Menge Ausrüstungsgegenstände, die das Schlachtfeld bedeckten, bezeugt die vollständige Niederlage des Feindes. Ein Zug feindlicher Kavallerie, der durch ein geschicktes Manöver unserer Kavallerie in das Feuer unserer Infanterie gelockt wurde, wurde buchstäblich vernichtet. Aussagen von Gefangenen bestätigen, daß außer der Brigade Brotier ein englisches Regiment in diesen Gegenden operierte.

Angriffe, die die Franzosen seit zehn Tagen gegen unsere Stellungen südlich und westlich des Dojran-Sees durchführten, sind vollständig gescheitert. Dieser Umstand ließ vernünftig den Generalstab des Generals Sarrail die Einnahme von Punkten melden, die immer in der Gewalt der Franzosen waren, wie es der Fall ist mit dem Bahnhof von Dojran und im Dorfe Doljeli, das vom Feinde verlassen ist. Unsere Truppen begruben 50 tote Franzosen auf dem rechten Wardar-Ufer. Im Laufe eines Angriffs in der Umgegend von Mahadagn nahmen wir eine feindliche Abteilung gefangen und erbeuteten ein Maschinengewehr. Die Franzosen ließen 70 Tote auf dem Gelände. Der rechte Flügel setzt seine Operationen fort.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 22. August nachmittags. (W. L. B.) Nördlich der Somme dauert die Tätigkeit der Artillerie an einem großen Teile der Front an. Die Franzosen machten in der Nähe von Elern einige Fortschritte und erbeuteten zwei neue Geschütze, Kaliber 7,7 Zentimeter, in dem zwischen Guillemont und Maurepas eroberten Wäldchen. Südlich der Somme gestatteten Einzelunternehmungen den Franzosen, sich in den Besitz von Grabenstücken südwestlich von Estrées und östlich von Sohecourt zu setzen. Einer französischen Abteilung glückte ein Handstreich auf Schützengräben am Plateau von Vingré (nordöstlich von Soissons).

Luftkrieg: Am 21. August brachte ein französischer Flieger bei Tage einen Albatros bei Longueval zum Absturz. Vier deutsche Doppeldecker wurden von ihren französischen Gegnern südöstlich von Reles niedergeschlagen. In der Nacht zum 22. August hat ein französisches Fluggeschwader 70 Geschosse auf die Bahnhöfe und Bahnstrecken von Terquiner und Ryon, die Bahnanlagen von Pont-Évêque und den Bahnhof von Appilly abgeworfen. Es wurde heftige Brandwirkung beobachtet. Das Geschwader ist unverfehrt zurückgekehrt.

Vom 22. August abends. (W. L. B.) Artilleriekampf auf beiden Ufern der Somme und in der Gegend von

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 23. August 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Thiepval und Pozieres wurden die englischen Angriffe vergeblich wiederholt, nördlich von Dvillers fanden während der Nacht Nahkämpfe statt. Westlich des Fourceaux-Waldes, ebenso wie bei Maurepas mislangten feindliche Handgranatenunternehmungen. Die Artillerien entwickelten fortgesetzt große Tätigkeit.

Südlich der Somme sind bei Estrées kleine Grabenstücke, in denen sich die Franzosen vom 21. August her noch hielten, gesäubert. Drei Offiziere, 143 Mann fielen dabei als Gefangene in unsere Hand.

Rechts der Maas wiesen wir im Fleury-Abschnitt feindliche Handgranatengriffe ab. Im Bergwalde fanden für uns günstige kleinere Infanteriegefechte statt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Vom Meere bis zu den Karpaten keine besonderen Ereignisse.

Im Gebirge erweiterten wir den Besitz der Stara Wipezyna durch Erfürmung neuer feindlicher Stellungen, machten 200 Gefangene (darunter einen Bataillonsstab), erbeuteten 2 Maschinengewehre und wiesen Gegenangriffe ab. Beiderseits des Czarni-Czeremosh hatten die russischen Wiedereroberungsversuche keinerlei Erfolg.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Säuberung der Höhengelände westlich des Ostrovo-Sees hat gute Fortschritte gemacht. Wiederholte serbische Vorstöße im Moglenagebiet sind abgewiesen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 23. August 1916. (W. L. B.) Amlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Westlich von Moldawa erstürmten deutsche Truppen eine weitere Infanteriestellung der Russen, wobei sie zweihundert Mann und zwei Maschinengewehre einbrachten. Bei Zabie wurden russische Vorstöße abgeschlagen. Im Gebiete des Kukul stehendes Gefecht. Weiter nördlich bei geringerer Kampftätigkeit und völlig unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der lästnändischen Front unterliegt die feindliche Artillerie gegen einzelne Räume zeitweise ein lebhaftes Feuer. Die italienischen Flieger entfalten rege Tätigkeit. Bei Wochensfeldrich fiel ein Doppeldecker in unsere Hände. Die Insassen wurden gefangen genommen. In Tirol brachte und eine Unternehmung an der Feindstafel 80 unverwundete Gefangene und zwei Maschinengewehre ein.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Im Raume von Salona entwickelt der Feind erhöhte Tätigkeit. Ein unserer Kampfflugzeuge — vom Stabsfeldwebel Krigi geführt — schoß im Kampf mit vier Fernandopelzern zwei ab. Einer liegt nächst der Klumbi-Bandung, der zweite stürzte ins Meer und wurde von einem feindlichen Jersörfer geborgen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Doerer, Feldmarschalleutnant.

Fleury. Ein Handstreich, der von nördlich von Maurepas glückte, ließ uns einige Gefangene machen. Wir schlugen Handgranatengriffe auf ein unserer Werke im Berg- und im Chapitrewalde zurück.

Belgischer Bericht. Die belgische Artillerie führte heute Zerstörungsgeschüsse in der Gegend von Steenstraete und Dymude aus. In den feindlichen Linien wurden heftige Explosionen beobachtet.

Orientarmee. Der Kampf dauerte den 21. auf der ganzen Front der Armeen der Alliierten vor Saloniki an. Im Zentrum beschossen die Engländer und Franzosen heftig die bulgarischen Stellungen auf beiden Seiten des Dojran-Sees. Während unsere Infanterie sich in den südlichen Gegenforts der Welesberge auf dem Westufer des Wardar festsetzte, bemächtigten sich unsere Truppen einer Linie auf den Höhen bei Djumonia und behaupteten sich dort mit Ausnahme einer einzigen Stelle. Trotz heftiger Gegenangriffe des Feindes setzte die serbische Armee in der Gegend zwischen Jerna und Moglenica ihren Vormarsch fort. Alle der Infanterie ausgewiesenen Ziele wurden im allgemeinen erreicht. Auf den beiden Flügeln gelang es dem Feinde um den Preis großer Verluste, unsere vorgeschobenen Abteilungen zurückzudrängen. Einerseits zog sich eine Bedeckungsabteilung, die westlich von Serres auf mehr als eine Division geschätzte bulgarische Streitkräfte angriff, um ihren Marsch aufzuhalten, auf die Struma zurück, deren Uebergänge alle fest von den Alliierten gehalten werden. Andererseits zog sich der äußerste linke Flügel der serbischen Armee, nachdem er fast zwei Tage lang gekämpft hatte, um den Marsch des rechten bulgarischen Flügels zu verlangsamen, auf seine Hauptwiderstandsstellung in der Nähe des Ostrovoles zurück.

Die englische Meldung.

Vom 22. August. (W. L. B.) Wir sind an der Front von Pozieres eine halbe Meile vorgeückt, haben unsere Eroberungen in vorwärtigen Abschnitt Leipzig erweitert, unsere Stellungen bis auf tausend Yards von Thiepval vorgehoben und weitere hundert Gefangene gemacht.

Vom 22. August. (W. L. B.) Zwischen Martinpuich und Bazentin gewannen wir weitere hundert Yards feindlicher Schützengräben. Südlich von Guillemont führten wir eine erfolgreiche Unternehmung gegen die feindlichen Linien aus.

Englischer Saloniki-Bericht vom 22. August. (W. L. B.) Keine Veränderung an der Dojranfront. Wir zerstörten eine Eisenbahnbrücke. An der Strumafont hemmte unsere Artillerie das Vordringen des Feindes. Schornsteine bei der Brücke von Koprida. Auch feindliche Arbeitergruppen wurden zerstreut.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 22. August nachmittags. (W. L. B.) An der Westfront ist die Lage unverändert.

An der Kaukasusfront entwickelten sich die Kämpfe in der Richtung Diarbek zu unseren Gunsten. Wir nahmen dem Feinde westlich vom Van-See ein beträchtliches Stück Gelände ab und brachten dort eine ganze Kompanie des 17. Regiments ein. Am Westufer des östlichen Euphrats machten wir zehn Offiziere, einen Regimentsarzt und zweihundertfünfzehn Mann zu Gefangenen, und erbeuteten vier Maschinengewehre und drei leichte Geschütze.

In Persien waren unsere Truppen in der Gegend von Mianje türkische Kavallerie über den Dafen. Bei Kalapossowa vertrieben wir den Gegner in westlicher Richtung.

Vom 22. August abends. (W. L. B.) Auf der Westfront und im Kaukasus ist die Lage unverändert.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 22. August. (W. L. B.) Die beiderseitigen Artillerien legen ihre Tätigkeit fort, um sich gegenseitig in den Befestigungsarbeiten zu stören. Die feindlichen Batterien trafen ein Hospital in Görz und verwundeten einige Sanitätsoldaten.

Zur Seeschlacht in der Nordsee.

Amlich. Berlin, 23. August. (W. L. B.) Die britische Admiralität hat die deutsche amtliche Meldung, daß ein englisches Linien Schiff am 19. August durch eines unserer Unterseeboote beschädigt worden sei, als unrichtig bezeichnet. Auf Grund der inzwischen eingegangenen Meldung des betreffenden Unterseebootes wird folgendes bekannt gegeben: Das Unterseeboot traf am 19. August in der Abenddämmerung einen aus Schladtschiffen und Panzerkreuzern bestehenden Teil der englischen Flotte, der von einer größeren Zahl von kleinen Kreuzern und Zerstörern umgeben war. Es gelang, auf die Schladtschiffe zu Schuß zu kommen. Das U-Boot fuhr hierbei halb überlutet. Auf dem Turm fanden drei Offiziere. Nach dem Auftreffen des Torpedos erhob sich am hinteren Schornstein des letzten Linien Schiffes eine etwa 20 Meter breite und 40 Meter hohe Feuerfäule, in der der hintere Schornstein weitgehend erkennbar war und die etwa eine Minute stehen blieb. Gleichzeitig erfolgte ein heftiger Ausbruch von Resselndampf. Nach Verschwinden der Feuererscheinung war nur noch der Rumpf des Schiffes ohne Schornsteine und Masten zu sehen; während von den Nachbarschiffen noch die volle Silhouette erkennbar war. Der Kommandant hatte den Eindruck, daß der Torpedozerstörer — abgesehen von einer schweren Verletzung der Resselanlagen — einen großen Teil der verurteilt hatte. Vorliegendes ist übereinstimmend von den Offizieren des Unterseebootes beobachtet worden. Danach ist das englische Schladtschiff durch den Angriff des U-Bootes zum mindesten schwer beschädigt worden.

London, 22. August. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Amlich. Die Admiralität gibt bekannt: Das Unterseeboot E 23 ist aus der Nordsee zurückgekehrt und berichtet, daß es am 19. August morgens auf ein deutsches Schladtschiff von der Nassau-Klasse einen erfolgreichen Torpedoangriff gemacht hat. Der Kommandant des Unterseebootes berichtet, während das Schiff von fünf Zerstörern in beschädigtem Zustande nach dem Hafen zurückgeleitet wurde, habe er wieder angegriffen und mit einem zweiten Torpedo getroffen. Er glaube, das Schiff sei gesunken. Es erübrigt sich festzustellen, daß die bereits widersprochene und heute wiederholte amtliche Berliner Meldung, wonach am Sonnabend ein britischer Zerstörer versenkt und ein britisches Schladtschiff beschädigt worden sei, gänzlich unbegründet ist.

Notiz des W. L. B.: Die Meldung der Britischen Admiralität über Angriffe des englischen Unterseebootes E 23 auf ein deutsches Linien Schiff der Nassau-Klasse am 19. August ist insofern guttugend, als E 23 „Westfalen“ von dem Unterseeboot bei seinem ersten Angriff getroffen, aber so leicht beschädigt wurde, daß das Schiff gesichts- und manövrierfähig geblieben ist. „Westfalen“ wird in kürzester Zeit wieder voll verwendungsbereit sein; es ist auch richtig, daß das feindliche Unterseeboot nochmals auf das Schiff zu Schuß kam, der Torpedo ging jedoch fehl.

„Königin Wilhelmina“ auf eine Mine gelaufen

Amsterdam, 22. August. (W. L. B.) Der Schiffahrtsrat hat dahin entschieden, daß der Postdampfer „Königin Wilhelmina“ auf eine Mine gelaufen sei.

Explosion eines russischen Torpedobootes.

Berlin, 23. August. (W. L. B.) Wie wir aus Rom erfahren, wurde am 22. d. M. an der ländlichen Küste beobachtet, wie etwa sechs Seemeilen nördlich Klein-Jrben ein russisches Torpedoboot vom Typ der neuesten großen Boote durch eine Explosion schwer beschädigt wurde. Das Boot wurde von anderen Torpedobooten nach der Küste von Desel geschleppt.

Lloyd George über die Kriegslage.

London, 22. August. (W. L. B.) Neutermeldung. Unterhaus. Lloyd George erklärte, die Männer, die jetzt in die Armeen eintreten, gehörten zu den körperlich besten Leuten, die seit Beginn des Krieges eingetreten seien. Im wesentlichen seien sie geistig und körperlich ebenso tüchtig wie die angeworbenen, es seien erstklassige Leute. Er bitte das Haus, den Stand der Dinge vor wenigen Monaten mit der gegenwärtigen Lage zu vergleichen. Damals, sagte Lloyd George, war Verdun in der Schwebelage; die Oesterreicher schienen sich der italienischen Tiefebene zu nähern und machten große Beute; die Russen schienen mit Leichtigkeit von schwächeren Kräften zurückgehalten zu werden; die Deutschen quälten uns an der ganzen Front mit unaufhörlichen, zum Teil erfolgreichen Angriffen. Die neu-ausgehobenen russischen Truppen und in sehr großem Maßstabe unsere eigenen neuen Armeen waren unerprobt und niemand wußte, wie sie, auf die Probe gestellt, bestehen würden. Das war die Lage vor zwei Monaten. Wie ist sie jetzt? An der ganzen Schlachtfrent im Osten und Westen ist die Initiative dem Feinde entwandten worden, fast zum ersten Male an der ganzen Front, nur mit einer Ausnahme etwa in Mesopotamien, wo infolge des Klimas unsere Armeen sich ruhig verhält. Das ist keine gemächliche Ausnahme. Nehmen wir den Westen und Osten, so haben die Russen prächtige Siege errungen, da sind ferner die bemerkenswerten Siege Italiens und die großen Siege im Kaukasus. Die ganze Lage hat sich vollkommen geändert.

Lloyd George fuhr fort, er habe die englische Offensive vielfach kritisiert hören. Einige Kritiker schienen sich vorzustellen, daß die einzige Rechtfertigung der Offensive wäre, wenn wir durchbrächen. Nicht im geringsten. Der Feind hatte zwei Möglichkeiten. Er entschied sich für die Möglichkeit, Geschütze und Truppen von Verdun heranzuschaffen, um unseren Durchbruch zu verhindern. Das paßte uns; es erleichterte den Druck auf Verdun und hinderte den Feind, seine Streitkräfte zur Unterstützung der Oesterreicher gegen den großen Vormarsch des Generals Brusilow zu verwenden. Lloyd George hob dann die Bedeutung des englischen Vormarsches an der Somme hervor und sagte: Der deutsche Bericht über unsere Verluste ist lächerlich übertrieben gewesen. Unsere Verluste waren, wenn auch heillos, doch verhältnismäßig gering, während der Feind — zu Gegenangriffen auf einem Feld, das unserer Artillerie angelegt ist, gezwungen — schwere Verluste erleidet. Wir drücken den Feind über ein Gebiet zurück, von dem jeder Meter von Bedeutung ist, weil es eine beherrschende Stellung ist.

Wir haben uns die Ueberlegenheit verschafft, wir bedrängen den Feind an der Somme und die Franzosen tun das gleiche. Bei Verdun gewinnen die Franzosen wieder Boden; wir haben die Höhe gewonnen und können den Verlauf des Feldzuges sehen. Ich glaube, in unbestimmter Ferne können wir das Ende schon sehen. Frankreich ist gerüstet, Rußland ist in rascher Ausrüstung begriffen und die

italienischen Kämpfungen sind in einer Weise konstant geblieben, welche die besten Freunde Italiens in Erfahrung gesetzt hat. Deutschland hat seine Gelegenheiten verpaßt und weiß dies. Es wäre ein Irrtum, die Natur unserer Aufgabe zu unterschätzen, die alle Hilfsmittel der Dominions und des Reiches erfordert. Wenn es auch ein Fehler wäre, einen so leichten Sieg zu erwarten, so kann ich, schloß der Minister, wenn ich die ganze Lage im Lichte der vorhandenen Tatsachen überblicke, auf Grund des Rates von Sachkundigen die Meinung ausdrücken, die ich ohne Zögern abgebe: Was unser Land und die Alliierten zu tun haben ist das, standhaft zusammen zu marschieren und aufrichtig zusammen zu arbeiten, wie sie das in der Vergangenheit getan haben, damit der Sieg auf ihren Fahnen ruht.

Bern, 22. August. (W. Z. V.) „Temps“ erinnert heute gelegentlich der letzten Rede Lloyd Georges an das hohe Maß von Willenskraft, mit der die französischen Truppen seit 6 Monaten vor Verdun unter einem Feuer von noch nie dagewesener Heftigkeit ausgehalten hätten, obgleich die eigenen Mittel zweifellos ungenügend und besonders ihre schwere Artillerie der deutschen unterlegen sei. Leider koste aber die Verteidigung übermäßige Opfer; auch seien die Franzosen noch nicht am Ziel. Man dürfe nicht vergessen, daß, wenn dies Ziel erreicht sein werde, es unendlich viel zu teuer erkauft sei. Daß Deutschland nach 25 Monaten des Krieges Stellungen, die es im Lande des Gegners besetzt halte, verteidigen könne, obgleich es vier Großmächten gegenüberstehe, die ihm an Menschenzahl und Rohstoffen überlegen seien und außerdem über die Seeherrschaft verfügten, sei für die, welche die Geschichte Frankreichs leiteten, eine schlimme, demütigende Lehre. Die anschließenden Ausführungen im Umfang von 30 Druckzeilen sind vollständig gestrichen. Der Schlußabsatz lautet, Frankreich habe den unergieblichen Ruhm, 1914 und 1916 in den entscheidenden Augenblicken an der Marne, an der Yser und bei Verdun eingegriffen und die feindliche Stoßkraft gebrochen zu haben. Dieser Ruhm tilge aber nicht die Fehler, die es habe wieder gut machen müssen.

Der Abschluß der englischen Anleihe in Amerika.

London, 23. August. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Unterhaus. McKenna teilte mit, daß die Verhandlungen über die Ausgabe fünfprozentiger zweijähriger britischer Regierungsbonds im Betrage von 250 Millionen Dollar durch die Firma Morgan in New York zum Kurse von 99 abgeschlossen seien. Als Sicherheit für die Anleihe werden amerikanische, kanadische und andere Wertpapiere bei Kuratoren hinterlegt werden.

Reichstagsneuwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 23. August. (W. Z. V.) Meldung von Righaus Bureau. Die Verhandlungen zwischen dem Ministerium und den Vertretern der politischen Parteien wurden heute fortgesetzt. Da eine Einigung weder über den Verkauf der westindischen Inseln noch über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums erzielt werden konnte, schloß der Ministerpräsident die Verhandlungen mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß diese Verhandlungen die Unmöglichkeit erwiesen hätten, neue Reichstagswahlen durch die Bildung eines Koalitionsministeriums zu vermeiden. Das Landsting hält morgen nachmittags eine Sitzung über die Verkaufsfrage ab.

Friedenshoffnungen.

Wien, 23. August. (W. Z. V.) Der amerikanische Vorkämpfer Cunliffe hat sich einem Mitarbeiter der „New York Times“ gegenüber über die politische Lage geäußert, wobei er erklärte, der Krieg sei auf einem Höhepunkt angelangt, der kaum mehr überschritten werden könne. Kämpfe, wie die gegenwärtig geführten, könnten in gleicher Heftigkeit nicht viel länger fortgesetzt werden, sondern müßten in absehbarer Zeit zu einer Stoppause führen. Er sei der Ansicht, daß diese Unterbrechung der Kampfaktivität dann von den dem Frieden geneigten Gruppen, die in allen Staaten immer mehr erstarken, dazu benutzt werden würde, Mittel und Wege zur Herbeiführung des Friedens zu finden. Nach nächster Beurteilung der Kriegslage dürfe man hoffen, daß der Krieg in nicht allzu ferner Zeit seinem Ende entgegengehen werde.

Der Vorkämpfer ist überzeugt, daß die österreichisch-ungarische Monarchie die Kraftprobe in voller Unversehrtheit überstehen werde; freilich werde in wirtschaftlicher Beziehung ungeheuer viel zu schaffen sein, um die durch den Krieg geschlagenen Wunden zu heilen. Dies sei jedoch eine Frage, die nicht von der Monarchie allein, sondern von ganz Europa zu lösen sei.

Kleine Kriegsnachrichten.

Bern, 22. August. (W. Z. V.) Die heutigen italienischen Morgenblätter enthalten die amtliche Mitteilung von der Aufschiffung italienischer Truppen in Saloniki. Nach „Corriere della Sera“ ist die italienische Abteilung infolge ihrer Stärke, Ausrüstung und Zusammenlegung vollkommen selbständig. „Secolo“ und „Popolo d'Italia“ machen darauf aufmerksam, daß nunmehr die Italiener unmittelbar gegen deutsche Truppen kämpfen werden. „Popolo d'Italia“ erwartet davon politische Rückwirkungen.

Bern, 22. August. (W. Z. V.) „Petit Parisien“ meldet aus Rom: Am 4. August verließ die erste italienische nach Saloniki bestimmte Brigade Rom unter General Pettiti, der den Oberbefehl über die italienischen Truppen in Saloniki übernimmt. — Dasselbe Blatt erzählt aus Saloniki: Das vierte griechische Armeekorps, mit je einer Division in Serres, Drama und Cavalla, hat das seitler besetzte Gebiet vollständig geräumt. Die Bulgaren stehen zurzeit in Thessaloniki.

Bern, 22. August. (W. Z. V.) Wie „Matin“ aus Saloniki meldet, wurden bisher über zwanzigtausend Italiener ausgeschifft.

Amsterdam, 23. August. (W. Z. V.) Mit dem gestrigen Postdampfer aus England sind fünfunddreißig internierte Deutsche und Oesterreicher angekommen.

Die holländischen Dampfer „Nijdam“, von Rotterdam nach New York, und „Prins Frederik Hendrik“, von Westindien nach Amsterdam, mußten ihre Post in England zurücklassen.

Luzern, 22. August. (W. Z. V.) Wie das Blatt „Nordostschweizer“ meldet, ist der deutsche Dampfer „Vestros“ am 18. August von einem russischen Unerseeboot zwei Distanzminuten innerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer in der Nähe von Gubiköva, wo er vor Anker lag, aufgebracht und nach Abo gebracht worden.

Bern, 23. August. (W. Z. V.) Einer Meldung des „Secolo“ aus Athen zufolge sollen die griechischen Militärbehörden erneut strenge Anweisungen an die bei Serres stehenden Truppen gegeben haben, wonach sie sich zurückziehen und jeden Konflikt vermeiden sollen. Heute nachmittags um 4 Uhr findet in Rom ein Ministerrat statt, dem „Secolo“ zufolge nach der Landung italienischer Truppen in Saloniki vom internationalen Gesichtspunkte aus hohe Bedeutung beigemessen wird.

Politische Uebersicht.

Konservative und Nationalliberale.

Die „Badische Nationalliberale Korrespondenz“ nimmt zu den Ausführungen Stellung, mit denen kürzlich die „Kreuzzeitung“ es begrüßte, daß Herr Bassemann und mit ihm der überwiegende Teil der Nationalliberalen Partei in den Fragen der äußeren Politik für Auffassungen eintraten, die denjenigen der „Kreuzzeitung“ durchaus naheständen. Die „Badische Nationalliberale Korrespondenz“ bemerkt im Anschluß hieran, daß eine konservativ-nationalliberale Paarung ein baldiges Ende nehmen würde, man brauche nur an die Erbschaftsteuer, die Wahlrechtsreform und die Sozialpolitik zu denken.

Hierzu schreibt das Berliner nationalliberale Organ, der „Deutsche Kurier“:

„Wir können zu diesen Ausführungen der badischen nationalliberalen Korrespondenz nur bemerken, daß niemand innerhalb der Nationalliberalen Partei an eine konservativ-nationalliberale Paarung denkt. Unterjochen werden der Partei solche Tendenzen nur von einer gewissen demokratisch-offiziösen Presse, die das Gewicht der Stellungnahme nationalliberaler Politiker zu Fragen der äußeren Politik dadurch abzuschwächen sucht, daß sie sie als „reaktionär“ verächtlichen möchte. Sobald die großen Fragen der inneren Politik wieder zur Debatte werden, werden sich die Geister scheiden, es sei denn, daß die konservative Partei gewillt sei, den berechtigten Anforderungen nach freier Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland und Preußen sich mehr genügt zu zeigen, als dies bisher aus den Äußerungen ihrer Führer und ihrer Organe herausklang. Das schließt aber nicht aus, daß in den jetzt alles beherrschenden Fragen der äußeren Politik beide Parteien wie bisher in denjenigen Fragen gemeinsam vorgehen, in denen sie die gemeinsame Sorge um die Zukunft des Vaterlandes auf dieselben Bahnen führt. Das gilt insbesondere für unser Verhältnis zu England und in Bezug auf die Notwendigkeit der schärfsten Anwendung aller unserer Machtmittel gegen diesen Feind.“

Das nationalliberale Organ hat hier noch hervorzuheben vergessen, daß die Nationalliberalen, wie ihre zahlreichen Kundgebungen beweisen, dieselben weltgehenden Kriegsziele vertreten wie die Konservativen. Das im Verein mit ihrem gemeinsamen Vorgehen in allen anderen Fragen der äußeren Politik kennzeichnend auch ihre gegenwärtige innerpolitische Haltung. Ob man die konservativ-nationalliberale Koalition als „Paarung“ bezeichnet oder nicht ist unwesentlich. Ebenso unwichtig ist der Hinweis auf die „Mängel“ Divergenzen der heutigen Bundesgenossen. Irgendwas darauf geben kann nur derjenige, der nationalliberale Zusicherungen hinsichtlich einer „freier Gestalt“ Deutschlands und Preußens heute noch ernst nimmt.

Ein konservativer Vorwerguß.

Im „Reichshoten“ polemisiert ein Hauptmann a. D. Ernst Wöttcher gegen jene Leute, die einen Frieden auf der mittleren Stufe erreichen wollen, wie er dem Nationalauschuß vorliegt. Der Herr Hauptmann a. D. findet, daß solche Ideen nur unter dem Einfluß des — Händlertums entstehen könnten; so sagt er:

„Die Händlerpresse, die stets die Pazifisten unterstützt hat, um den kriegerischen Sinn der Deutschen zu schwächen, ist mit dem Ausbruch für einen Verständigungsfrieden überaus zufrieden. Selbstverständlich! Nachdem die goldene Internationale als Kriegsergebnis ungeheure Gewinne erbeutet hat, möchte sie nach dem Frieden, zu dem sie treibt, in allen durch den Krieg geschwächten Ländern ungestört ihren Profit machen können, was die mögliche Schonung des Allverweltbankers an der Themse bedingen würde. Aber die Rechnung wird nicht ohne den Wirt gemacht. Der Wirt sind wir vom deutschen Blut, die wir hier bleiben wollen im Lande unserer Väter, auf germanischem Boden. Wir wollen keinen anderen Frieden, als einen solchen, der unsere Feinde zwingt, ihn dauernd zu erhalten, der sie dazu zwingt, durch Redung unserer Macht und durch eine uns mißliche Sicherheit verbürgende Ausdehnung unserer Grenzen in West und Ost.“

Was der Herr Hauptmann a. D. bisher getan hat, um den Feind restlos niederzuzwingen, ist leider nicht bekannt, sein Vorwerguß wird zur Erreichung dieses Zweckes freilich nicht beitragen können.

Nochmals Dr. Müller und das Kriegsernährungsamt.

Das sozialdemokratische Mitglied des Kriegsernährungsamtes, Dr. August Müller, hat in letzter Zeit, im Anschluß an sein verunglücktes „Verständigungs“-Referat in Hamburg, die Öffentlichkeit recht lebhaft beschäftigt. Sein Auftreten fand bekanntlich nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern auch in einigen bürgerlichen Blättern eine recht scharfe Kritik. Nun berichtet unser Waldenburger Parteiblatt, die „Sächsische Bergwacht“, über einen Vorfall, der die Rolle Dr. August Müllers im Kriegsernährungsamt noch von einer anderen Seite beleuchtet. „Der Bürgermeister einer größeren Industriegemeinde in unserem Waldenburger Kreise — erzählt das Blatt — befand sich dieser Tage im Kriegsernährungsamt in Berlin, um vorstellig zu werden über die Art der Kartoffellieferung und die Höhe der Preise, die für die Arbeiterbevölkerung unseres Industrieries fast unhaltbare Zustände schaffen. Daraus wurde dem Herrn Bürgermeister von einigen Beamten ziemlich erregt entgegengehalten, daß doch die Arbeitervertreter im Kriegsernährungsamt diese Preispolitik mit beifolgender und für richtig gehalten hätten. Es sei deshalb unbegreiflich, wenn jetzt für die Arbeiter Schwierigkeiten entstehen sollten.“

Solche Feststellungen — bemerkt hierzu die „Sächs. Bergwacht“ — sind auf alle Fälle peinlich. Dr. Müller muß natürlich dafür die Verantwortung tragen. Die Arbeiter haben ihm das Vertrauensamt nicht übertragen. Er ist von der Regierung ausgemählt worden. Ueber seine Brauchbarkeit für dieses Amt sind die Arbeiter entschieden anderer Meinung wie die Regierung.

Dieser Meinung wird man durchaus beipflichten müssen.

Die neue Kriegsanleihe.

Am 23. August, Berlin, 23. August. (W. Z. V.) Angesichts der bevorstehenden fünften Kriegsanleihe sei nochmals darauf hingewiesen, daß nach § 32 des Kriegssteuergesetzes bei Entrichtung der Kriegsgewinnsteuer die fünfprozentigen Schahenweisungen des Deutschen Reiches zum Kennbeitrag angenommen werden. Das bedeutet gegenüber dem Ausgabekurs einen Gewinn. Auch für die 4½-prozentigen Schahenweisungen ist jetzt vom Reichsschatzamt bestimmt worden, daß sie zu einem den Ausgabekurs übertraffenden Kurse, nämlich zu 96,50 M. für je 100 M. Nennwert an

Zahlungs Statt angenommen werden. Hiernach ergibt sich die Möglichkeit, mit einem Kursvorteil Kriegsanleihen für die Zahlungen der Kriegsgewinnsteuer zu verwenden.

Ein neuer Leiter der Reichsfuttermittelstelle.

Am 23. August, Berlin, 23. August. (W. Z. V.) Der bisherige Leiter der Reichsfuttermittelstelle, Geheimrat Oberregierungsrat Schärmer, ist auf besonderen Wunsch des Staatssekretärs des Innern in das Reichsamt des Innern zurückgetreten, um das nach dem Tode des Geheimrat Oberregierungsrats Schütt bisher nicht wiederbesetzte Schiffsahrtreferat zu übernehmen. An seiner Stelle ist der Kgl. Sächsische Geheimrat Dr. Rehnert zum Vorsitzenden der Reichsfuttermittelstelle ernannt worden.

Der Uebersichtsausschuß der Lederindustrie.

Das Kriegsministerium hat einen Uebersichtsausschuß gebildet, der mit der Aufgabe betraut ist, die Kriegs-Rohstoffabteilung bei allen Maßnahmen zu beraten, welche die Kriegswirtschaft der Lederindustrie und insbesondere die Sicherstellung des Lederbedarfs der bewaffneten Macht betreffen. In diesen Uebersichtsausschuß ist als Vertreter der Arbeiter der Vorsitzende des Deutschen Schuhmacherverbandes, Reichstagsabgeordneter Genosse Eimen, berufen worden.

„Milchmädchen“-Rechnung.

Herr Emil Zimmermann unternimmt es in der „Post“, die im Besitze der Verbündeten befindlichen „Hauspfänder“ gegen die verlorenen deutschen Kolonien anzudeuten. Die besetzten Gebiete im Westen schätzt er auf 55 Milliarden Wert. Unteren einstufigen Kolonialbesitz schätzt er auf 8 Milliarden, so daß wir, wenn wir unsere Kolonien zurückbekommen, noch ein Guthaben von 40 Milliarden haben! In kolonialen Kreisen wird, so fährt Herr Zimmermann fort, großer Wert auf eine Erweiterung unserer Uebersichtsbilanz gelegt; es ist wohl angebracht, die allgemeine Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß wir für 10 bis 15 Milliarden Mark neuen Kolonialbesitz fordern können, und doch noch Guthaben in Höhe von 24 bis 39 Milliarden Mark in Händen behalten. Belgien ist in unsere Rechnung mit 40 Milliarden eingestuft, was man nicht übersehen sollte.

Diese Rechnung hat den Vorzug der Einfachheit; damit sind ihre Vorzüge aber auch erschöpft, denn praktisch ist mit solcher Milchmädchen-Rechnung nichts anzufangen.

Genosse Bernerstorfer und die „Tägliche Rundschau“.

Zu unserer Feststellung in der Dienstaufnahme, daß Genosse Bernerstorfer als Leitartikel in der „Täglichen Rundschau“ figuriert, erhalten wir von Bernerstorfer ein Telegramm, in dem er mitzutheilen bittet, daß er den besagten Artikel für Richard Wahls Zeitungskorrespondenz „Mitteleuropa“ geschrieben hat.

Letzte Nachrichten.

Zur Rückkehr der „Deutschland“.

Köln, 23. August. (W. Z. V.) Die „Aölnische Zeitung“ meldet zu der Heimkehr des U-Bootes „Deutschland“ aus Bremen: Die amerikanische Regierung verhielt sich durchaus korrekt neutral. Die amerikanische Flotte hat mit Strenge darauf gesehen, daß die Grenze von unseren Feinden, sowohl den Engländern wie den Franzosen, geschützt wurde. Diese Vorschriften wurden besonders verschärft, nachdem ein englischer Kreuzer nachts heimlich in die Bucht eingefahren war. Bei der Ausfahrt befanden sich nicht weniger als acht englische Kriegsschiffe auf der Lauer, umgeben von zahlreichen gemieteten amerikanischen Fischdampfern zum Zwecke der Auslegung von Netzen und der Benachrichtigung des Feindes. Trotzdem gelang die Ausfahrt. Die Ozeanfahrt war anfangs stürmisch, später weniger bewegt; an der englischen Küste fiel Nebel. In der Nordsee war das Wetter stürmisch. Das Schiff erwies sich als ausgezeichnetes Geschiff. Die Maschinen haben tadellos gearbeitet ohne jede Störung. Es wurden hundert Seemeilen unter Wasser gefahren bei 4200 Seemeilen im ganzen. Es wurden keine Eisberge passiert.

Konflikt im ungarischen Parlament.

Budapest, 23. August. (W. Z. V.) Im Abgeordnetenhaus erklärte Graf Albert Apponyi als Führer der Unabhängigkeitspartei vor Eintritt in die Tagesordnung, daß er geneigt sei, seine Mission, als Vertrauensmann gewisse Informationen über die auswärtige Lage entgegenzunehmen, niederzulegen müsse. Es scheint, sagte Apponyi, daß die Natur der Mission von der Leitung der auswärtigen Politik nicht so aufgefaßt worden sei wie von der Partei.

Graf Andrássy erklärte namens der Verfassungskommission ebenfalls, daß er seine Mission niederlegen und, nachdem der von der Opposition beschrittene Weg Aufklärungen über die Vorgänge in der auswärtigen Politik zu erlangen, gescheitert sei, nunmehr die offene parlamentarische Behandlung der aktuellen Fragen vor den Delegationen fordern müsse.

Stefan Markovitch, der als Vertrauensmann der Volkspartei fungierte, erklärte ebenfalls, daß er gleich den zwei anderen Oppositionellen sein Amt als Vertrauensmann niederlege, und begründete dies damit, daß die Aufklärungen über die auswärtige Politik nicht hinreichend gewesen und daß teilweise gewisse Auskünfte mit der Benutzung daraus verweigert worden seien, daß die im Blick befindlichen diplomatischen Verhandlungen Amtsgeheimnis seien, die Reserven in nicht verantwortlicher Stellung nicht mitgeteilt werden könnten.

Graf Stefan Tisza erwiderte auf diese Erklärungen, er bedauere sehr, daß die Vertreter der Opposition ihr Amt niedergelegt hätten, und er glaube, daß gewisse irrtümliche Auffassungen die Ursache dieses Schrittes seien. Er könne jedoch sagen, daß die vertraulichen Mitteilungen jedenfalls viel weiter gegangen seien, als die Aufklärungen, die vor öffentlichen Körperlichkeiten abgegeben werden könnten. Was namentlich die von Andrássy beanstandete Politik gegen Italien betreffe, von der der Führer der Verfassungskommission gesagt habe, daß sie demütigend gewesen sei, ohne den Frieden gesichert zu haben, so müsse er zugeben, daß diese Verhandlungen allerdings das berechtigte Selbstgefühl auf eine harte Probe gestellt hätten.

Zu der Forderung nach einer Einberufung der Delegationen erklärte der Ministerpräsident, die parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich machten es unmöglich, daß die gemeinsame Körperschaft zusammengetreten; der ungarische Reichstag über jedoch bezüglich der auswärtigen Politik alle jene verfassungsmäßigen Funktionen aus, die regelmäßig von den Delegationen ausgeübt würden. Schließlich ermahnte der Ministerpräsident die Opposition, auch dann, wenn sie öffentlich Kritik über den patriotischen Absichten einwenden zu sein, die sie jetzt geäußert und von denen sie seit Ausbruch des Krieges räthliche Beweise geliefert habe. Diese Haltung bilde die größte Kraftquelle der ungarischen Nation, und er könne nur lebhaft wünschen, daß die ungarische Nation dieser Kraftquelle nicht verlustig gehe. (Lebhafter Beifall.)

Der württembergische Minister von Bischof gestorben.

Stuttgart, 23. August. (W. Z. V.) Im Alter von 73 Jahren ist nach kurzer Krankheit Staatsminister a. D. Dr. v. Bischof, der von 1893 bis 1912 als Staatsminister des Innern im Dienste der württembergischen Regierung eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet, in Oberstorf gestorben.

Gewerkschaftliches.

Frauenarbeit und Organisation.

Die statistischen Ergebnisse in den Jahren vor dem Kriege stellten bereits die stattliche Zahl von etwa einem Dutzend Millionen erwerbstätiger Frauen in Deutschland fest, eine Erscheinung, die vom wirtschaftlichen und sozialen Standpunkt aus die erste Beachtung verdient und auch gewirkt. Der Mangel an männlichen Arbeitskräften hat nun im Kriege die Ausdehnung der Frauenarbeit über die Massen schnell gefördert. Immer mehr Männer mußten die Stätte ihrer Wirksamkeit verlassen und an ihre Stelle traten Frauen als Ersatz in ungeahnten Scharen. Der Wirtschaftsmarkt ist übersät von Arbeiterinnen. Sie sind in fast alle Industrie- und Erwerbszweige eingezogen; in fast allen Betrieben stehen sie an Stelle der Männer und üben Tätigkeiten aus, wie kein Mensch es sich ehemals hätte träumen lassen. Vom weiblichen Schornsteinfeger bis zum weiblichen Zugführer sind fast alle Arbeitsmöglichkeiten von Frauen erobert.

Es werden nun sicherlich nach Beendigung des Krieges recht viele Frauen der Stätte ihres Wirkens wieder den Rücken kehren. In vielen Fällen wird der Unternehmer auch bereitwillig die heimkehrenden Krieger an ihre ehemaligen Plätze stellen, weil ihm die Frauen in vielen Fällen doch nur ein Nothelfer waren. Aber darüber hinaus werden Tausende von Frauen an Stellen bleiben, die früher von Männern ausgefüllt wurden.

Nun könnte man mit einem bedauernden Achselzucken an dieser Erscheinung vorübergehen und sie als eine wirtschaftliche Veränderung betrachten, wie sich ähnliche im ökonomischen Prozeß mannigfach ereignet haben und auch noch ereignen werden. Anders liegen aber die Dinge für die Arbeiterorganisationen. Die organisierten Arbeiter haben sich im Laufe der Jahrzehnte in mühseliger und oberreicher Pionierarbeit streng geregelte und gut fundierte Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen. Die Frauenarbeit hat aber von jeher die Tendenz gezeigt, auf die Löhne der Männer zu drücken. Daß im Kriege die Frauenarbeit dem Unternehmer angenehm ist, kann man aus dem Zwang der Situation heraus erklären, in Friedenszeiten hingegen lag immer ein solcher Notzustand vor, Männer waren meist in genügender Anzahl vorhanden, so daß die vermehrte Einstellung von Frauen und Mädchen nur aus Sparmaßregeln resultierte. Die unorganisierte weibliche Arbeiterin aber war nicht nur billiger, sondern auch williger, gefügiger, war mit Wenigerem und Schlichterem eher zu zufrieden, und setzte sich, aus sich selbst heraus, selten einmal in Gemeinschaft mit ihren Arbeitsgenossinnen zur Wehre. Das waren für den Unternehmer schätzenswerte Eigenschaften und sie förderten den Siegeszug der Frauenarbeit.

Die in dieser Hinsicht gesammelten Erfahrungen werden sich nun nach dem Kriege in vermehrtem Maße zeigen. Die Organisierung der neu hinzugekommenen und verbleibenden Arbeiterinnen wird um so schwieriger sein, als viele von ihnen zuvor ganz oder in der Hauptache ihrer Hauswirtschaft vorgestanden haben und von dem Wirken und Wesen der Arbeiterorganisationen wenig oder nichts wissen. Daraus erklärt es sich auch, daß man bei solchen Frauen nicht selten auf eine geradezu eifrige Ablehnung, wenn nicht offene Feindseligkeit stößt, sobald es sich darum dreht, mit dem Berufsverband und nur vorerst einmal lose in Verbindung zu treten. Tausende von Mark an zu wenig gezahlten Arbeitslöhnen sind Arbeiterinnen allein in diesem Kriege verloren gegangen, weil sie aus Scheu oder Abneigung ihre zutändige Organisation ignorierten, obgleich sie dort wirksamste Unterstützung gefunden hätten. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo Frauen ohne erklärlichen Grund die Vertretung ihrer Interessen durch den Verband vor Gericht brüskel abgelehnt hatten. In einem Falle, wo der Verband mehrere Tausende von Mark zu wenig gezahlter Löhne für die Arbeiterinnen herausholte, wurde ihm von einem Teil dieser Frauen die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt, und in einer andern Angelegenheit, wo der Verband ebenfalls die Nachzahlung einer horrenden Summe bewirkte, erklärte der betreffende Unternehmer vor Gericht: seine Arbeiterinnen hätten, als er ihnen die Klagechrift vorgelesen habe, „laut ausgequiecht“. Der Angestellte einer Organisation, die auch größere Summen zu wenig gezahlten Arbeitslöhnen ihren Berufsangehörigen gerettet hatte, meinte beim Auszahlen des Geldes zu einer der Frauen: „Nun könnten Sie aber auch sich bei uns aufnehmen lassen. Sie sehen doch, was der Verband für Sie getan hat.“ Darauf erhielt er die schnippische Antwort: „Dazu ist doch der Verband da!“

Hier liegt zweifellos eine Erscheinung vor, die die Aufmerksamkeit Beachtung verdient. Soll nicht die Arbeit von Jahrzehnten einen gewaltigen Rückschlag erhalten, so gilt es, geeignete Maßnahmen zu treffen, die der Katastrophe schon jetzt entgegenwirken. Die Errichtung von Lohnämtern wäre schon eine solche. Andere müssen folgen. Daneben aber muß unsere alterprobierte Werksarbeit mit verstärkter Kraft einsetzen. Mehr denn je gilt es, zu agitieren und organisieren. Die kommende Zeit wird festgefügte Organisationen erfordern. Darum hinein!

Frauen, organisiert Euch!

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulagen für die Steinarbeiter.

Eine am Dienstag abgehaltene Mitgliederversammlung der Steinarbeiter beauftragte den örtlichen Vorstand, bei den Unternehmern vorfällig zu werden wegen Gewährung einer Teuerungszulage von 20 Prozent der jetzt bestehenden Löhne.

Ferner traf die Versammlung Maßnahmen zu dem Zweck, diejenigen Mitglieder, welche in letzter Zeit die Fühlung mit der Organisation vernachlässigt haben, wieder in ein enges Verhältnis zum Verband zu bringen und so die Organisation für ihre Aufgaben zu stärken.

Aus der Partei.

„Gegen die Minderheitsstreiberien“

Betittelt sich folgende Notiz der satism bekannten „J. A.“: „Nachdem die Spartacus-Gruppe und die ihr nahestehenden Minderheitsselemente eine Zeitlang ziemlich ungehindert die Berliner Arbeiterorganisation durch die Verbreitung ihrer anonymen Flugblätter und ähnliche Mittel hat unterminieren können, scheint sich jetzt ein immer kräftiger werdender Widerstand aus den Reihen der treu zur Parteimehrheit haltenden Arbeiterschaft zu regeln. Uns liegen einige Flugblätter vor, die von dieser Seite als Gegenmittel gegen die Spartacusergebnisse verbreitet werden. Das eine weist die Frauen auf den verbrecherischen Wahnsinn eines Munitionstreiks hin, der — ganz abgesehen davon, daß er unzählige Familien ins Unglück stürzen würde — nicht mehr und weniger bedeutet, als einen glatten und tobbringenden Verrat gegen die an der Front kämpfenden Männer und Brüder. Ein anderes Flugblatt nimmt die bisherigen Taten

der „Arbeitsgemeinschaft“ unter die Lupe, deren ganzes Wirken im Reichstag bisher darin bestanden hat, indirekt die Politik der äußersten Rechten zu unterstützen. Namentlich die verkehrte Steuerpolitik der Arbeitsgemeinschaft wird hervorgehoben, die Ablehnung der Kriegsgewinnsteuer, die Ablehnung einer Ausdehnung der Erbschaftsteuer, auch mit der Ablehnung der Gewerkschaften und des Kapitalabfindungsgesetzes für Kriegsbeschädigte hat die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterschaft keinen guten Dienst geleistet. — Eine beratende Aufklärungsarbeit könnte auch an anderen Orten als Berlin der Arbeiterbewegung von Nutzen sein.“

Flugblätter, für die sich die famose Baumeisterische Korrespondenz erwärmt, sind für verständige Sozialdemokraten bereits hinlänglich charakterisiert. Köstlich macht sich dabei die angenommene Harmonie der J. A., als habe sie von diesen Produktionen nur rein zufällig Kenntnis erhalten, während sie und ihre Hintermänner den Verfassern und Verbreitern der Flugblätter sicherlich nicht allzu fern stehen.

Erwähnt sei übrigens, daß als Verleger der beiden Flugblätter, von deren Existenz wir erst heute durch die dankenswerte Freundlichkeit der Expedition der J. A. Kenntnis erhielten, der Genosse Böste figurirt, der ehemalige Kassierer der Groß-Berliner Organisation.

Aus den Organisationen.

Eine Vertrauensmännerkonferenz für den Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld, die von 29 Vertretern besucht war, beschloß sich nach der Entgegennahme des Geschäftsberichts auch mit den Parteidifferenzen. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Rauter, der zur Minorität der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehört, gab eine eingehende Schilderung über Entstehung und Entwicklung der Krise. Nach eingehender Diskussion, bei der sich die meisten Diskussionstredner zur Minorität bekannten, aber auch Anhänger der Fraktionsmehrheit das Wort nahmen, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Kreisfraktion des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises bedauert aufs lebhafteste die Streitigkeiten innerhalb der Partei; erkennt aber an, daß sie eine notwendige Folge der bisherigen Haltung der Fraktionsmehrheit sind. Dieser Streit kann nur dadurch beseitigt werden, daß die beiden jetzt nebeneinander bestehenden Fraktionen sich wieder zu einer Fraktion vereinen unter der Voraussetzung, daß der Minderheit das Recht gewahrt bleibt, ihre abweichende Auffassung im Reichstag vertreten zu können.

Die Kreisfraktion kann weder in einem Parteitag, noch in einer Reichskonferenz während des Krieges ein Mittel erblicken, das geeignet ist, Klarheit zu schaffen; sie beschloß vielmehr, daß durch eine solche Reichskonferenz — die auch keineswegs dem Organisationsstatut entspricht — nur noch mehr Verwirrung entsteht und zur weiteren Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Partei führt.

Eine Besichtigung der Reichskonferenz wurde abgelehnt. Die Reichskonferenz erwartet von allen Parteigenossen, gleich viel, ob sie der Mehrheit oder Minderheit angehört, daß sie allen Versuchen, die Fraktionspaltung auf die Gesamtpartei zu übertragen, energisch entgegenzutreten.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Randow-Greifenhagen hielt am 18. August seine Generalversammlung ab. Nach Entgegennahme des Quartalsberichts berichtete Genosse Harnisch über die vom Parteivorstand und Parteiauschuß beabsichtigte Einberufung einer Reichskonferenz und gab seine Ansicht dahin zum Ausdruck, daß die geplante Konferenz in keiner Weise die tiefen Kernwunden in der Partei beseitigen, vielmehr eine immer größere Entfremdung schaffen werde. Eine Aussprache, wie sie die Sache erfordert, ist unmöglich, da der eine Teil (sogenannte Minderheit) die denkbar größte Zurückhaltung bei Darlegung seines Standpunktes und seiner Stellungnahme über mied und schon deswegen die Abhaltung der Konferenz sehr bedenklich sei. Die Diskussionstredner sprachen in gleichem Sinne. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 18. August tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Randow-Greifenhagen erhebt Einspruch gegen die Abhaltung der vom Parteivorstand und Parteiauschuß beschlossenen Reichskonferenz, weil in dieser Zeit eine ungehinderte Aussprache von allen Seiten nicht möglich ist und deshalb die dort gefaßten Beschlüsse viel mehr zur Erbitterung als zur Versöhnung beitragen würden. Sollte sie trotzdem einberufen werden, so protestiert die Versammlung gegen die Zulassung der Mitglieder des Parteiauschußes als stimmberechtigte Teilnehmer, soweit sie nicht von ihren Organisationen als Delegierte gewählt werden.“

Aus Industrie und Handel.

Amerikanische Friedensvorbereitungen.

J. W. L. Mason berichtet dem „Daily Express“ vom 10. August aus New York:

Nach Ansicht amerikanischer Finanzkreise tritt jetzt der Krieg in seine letzte Phase; man erwartet nicht, daß die Verbandsmächte noch viel Geld für Munition in den Vereinigten Staaten ausgeben werden. Deshalb bereitet man sich eifrig darauf vor, die Munitionsfabriken für die Warenerzeugung umzugestalten, in der Hoffnung, Deutschland als Lieferant der Verbandsmächte zu verdrängen. Diese Bestrebungen waren der Hauptgrund, weshalb die Kurse der Munitionswerte während der Offensive der Verbandsmächte nicht völlig zusammenbrachen. Die Munitionsfabriken haben während des Krieges so ungeheure Gewinne eingeheimst, daß sie den Wert der Maschinen schon innerhalb 1 1/4 Jahren fast gänzlich abschreiben konnten, so daß sie den Versuch, die bisher von den Deutschen beherrschten Märkte zu erobern, ohne viel Risiko wagen und sich mit geringen Ergebnissen befriedigen können. Auf diese Weise werden die Verbandsmächte viel von dem zurückgewinnen, was sie den Amerikanern für Kriegslieferungen zuviel bezahlt. Hierin eröffnet sich eine neue Möglichkeit, die Handelsisolierung Deutschlands zu fördern, und dieser Weg muß nach Ansicht amerikanischer Volkswirtschaftler in den Plänen der Verbandsmächte eine immer wichtigere Rolle spielen. Die Amerikaner glauben, daß die Verbandsmächte ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland nicht dauernd abbrechen können, wenn sie nicht andere Abnehmer für die sonst an die Deutschen verkauften Erzeugnisse finden. Die Verbandsmächte werden diese Warenmassen gern an die Vereinigten Staaten absetzen, wenn diese ihnen nur wieder einen Teil solcher Waren überlassen, die sonst als „hergestellt in Deutschland“ bezeichnet wurden. Schon machten die Verbandsmächte bedeutende Anstrengungen, die Amerikaner zu gesteigertem Handelsverkehr zu ermutigen, doch wird natürlich auch Deutschland alles daran setzen, möglichst seine Handelsbeziehungen zu Amerika zu verbessern, sobald die Meere wieder offenstehen. Aber dann wird es in dem Wettbewerb der amerikanischen Fabrikanten ein offenes Hindernis finden. Amerikanische Finanzkreise wissen sehr wohl, daß ihr Land nach dem Kriege sich entscheiden muß, ob es den Verbandsmächten oder den Mittelmächten gegenüber eine Politik der Reichsbegünstigung treiben will. Dann werden zweifellos die Verbandsmächte die Vorhand haben, und schließlich wird Deutschlands kommerzielle Isolierung doch durch das Gold zu Wege gebracht, das die Verbandsmächte so verschwenderisch an amerikanische Munitionsfabriken zahlten.

Shyndizierung der Dörrgemüse-Industrie.

Bereits vor einigen Wochen tauchten in der Presse Notizen auf, die eine Shyndizierung der Dörrgemüse-Industrie als bereits vollzogen bezeichneten. Von dem halbamtlichen Nachrichtenblatt für Ernährungsfragen wurden dieselben demontiert. Neudings aufgetauchte Gerüchte veranlaßten die „Kolonialwaren-Woche“, an maßgeblicher Stelle anzufragen. Dort erhielt das Blatt den Bescheid, daß eine Shyndizierung der Dörrgemüse-Industrie in aller nächster Zeit erfolgen wird, und daß die betreffende Bundesratsverordnung bereits in Vorbereitung sei.

Englische Brotpreisfragen.

Im „Daily Express“ vom 12. August wird ausgeführt: Die Möglichkeit, daß der Brotpreis noch höher als auf 9 Pence geben wird, erregt in Hausfrauenkreisen Verunruhigung. Nach Ansicht von Vertretern der Arbeiterschaft dürfte ein Steigen der schon so hohen Lebensmittelpreise höhere Lohnforderungen zeitigen, trotzdem die Regierung erklärt hat, daß während des Krieges derartige Forderungen unzulässig seien. Die der Nationale Arbeiterauschuß auf Grund des Berichtes des Handelsministeriums berechnet, sind die Kosten für den Lebensunterhalt einer normalen Arbeiterfamilie seit Kriegsbeginn um 65 Proz. gestiegen, daß heißt von

Juli 1914	25 Schilling auf
1915	33 „ 9 Pence
1916	41 „ 3

Ein Pfund Sterling heißt also jetzt nur noch eine Kaufkraft von 12 Schilling 1 Pence. Wenn auch einige Arbeiterklassen Kriegszulage bekamen, so stehen die Lohnhöhungen in keinem Verhältnis zu der Steigerung der Lebensmittelpreise.

Dabei sehen aber die Arbeiter, daß alle Arten von Gesellschaften immer größere Dividenden erklären.

Aus einer von dem Nationalauschuß aufgestellten Liste der Schiffahrtsgewinne ergibt sich, daß im Jahre 1916 29 Gesellschaften 12 Millionen Pfund Gewinne gegen 5 Millionen im Jahre 1914 erklärten.

Schon 1914 habe der Auschuß der Regierung empfohlen, die Weizenbörse zum Preise von 37 Schilling zu beschlagen und den Marktpreisen entsprechend zu verkaufen.

Die Regierung ging jedoch nicht darauf ein, und nun ist der Weizenpreis bis auf 65 Schilling gestiegen. Jetzt machen sich die natürlichen Folgen der Unterlassungsbünde bemerkbar, und die Steigerung der Lebensmittelpreise trifft am schwersten die Familien der britischen Arbeiter, weil die Feuerungsgelder entsprechend dem seinerzeit viel niedrigeren Lebensmittelpreisen festgelegt wurden.

Die Unterlassung des Weizens mit Roggen, Gerste und Hafer zur Brotherstellung hält das Blatt nicht für empfehlenswert, reines Roggenbrot sei sehr ungesund. Sachverständige empfehlen dringend, zur Hausbäckerei zu greifen, weil es dann um 40 Proz. billiger als beim Bezug vom Bäcker erhältlich sei.

Soziales.

Recht rechtzeitig!

Nach §§ 1442 und 1443 der Reichsversicherungsordnung werden Beiträge nicht angerechnet, falls sie erst nach Ablauf von zwei Jahren, ohne Verlauden des Versicherten jedoch nach Ablauf von vier Jahren, geleistet worden sind. Freiwillig-Versicherte und Weier-Versicherte haben nur das Recht, Beiträge für ein Jahr rückwirkend geltend zu machen. Ist eine Invalidenrente nicht rechtzeitig umgetauscht worden, so heißt erst nach zwei Jahren nach dem Ausfalltag, so hat im Streitfall der Versicherte zu beweisen, daß die Anwartschaft erhalten ist. (§ 1420.)

Zur Erhaltung der Anwartschaft ist bekanntlich notwendig, daß innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Markten geleistet werden. Die Versicherten tun aber gut, etwas mehr denn 20 Markten zu leisten, damit sie nicht, wenn eine von den 20 Markten aus irgend einem Grunde für ungültig erklärt wird, weniger denn 20 Markten nachweisen können. Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften hat große Nachteile für die Versicherten zur Folge. Falls sie invalid werden, erhalten sie keine Rente oder falls ein Heilverfahren notwendig wird, daselbst von der Landesversicherungsanstalt nicht übernommen. Außerdem muß der Versicherte erneut, wenn er Ansprüche geltend machen will, eine Parteizurücklegen. Diese beträgt bei denjenigen, die freiwillig von Anfang an der Versicherung beigetreten sind, 500 Beitragsmarkten, für diejenigen, die auf Grund der Versicherungspflicht mindestens 100 Beiträge geleistet haben, 200 Beiträge. Ist der Anspruch verfallen, ist eine neue Wartezeit von 200 Beiträgen notwendig. Die Anwartschaft lebt aber bei freiwilliger Beitragsleistung bei demjenigen, der das 40. Lebensjahr vollendet hatte, nur dann auf, wenn vor dem Erlöschen mindestens 500 Beitragsmarkten geleistet worden sind und wenn 500 Beiträge erneut geleistet werden. Bei demjenigen, der das 60. Lebensjahr vollendet hat, lebt die Anwartschaft nur auf, wenn vor dem Erlöschen mindestens 1000 Beiträge geleistet worden sind.

Auf diese Bestimmungen erneut hinzuweisen erscheint uns notwendig, weil durch die Abänderung der Reichsversicherungsordnung vom 12. Juni 1916, vom 1. Januar 1917 ab neue Beitragsmarkten eingeführt werden. In dem Abänderungsgeley heißt es im Artikel 7, daß für die Zeit nach dem 1. Januar 1917 alte Markten nicht mehr verwendet werden dürfen. Wenn diese Bestimmung auch nur für die Zeit nach dem 1. Januar 1917 gilt, so ist anzunehmen, daß vielleicht sechs Monate später die alten Markten überhaupt zur Einziehung gelangen.

Die dringende Mahnung ist daher an die Versicherten zu richten, ihre Invalidenrenten einer Prüfung zu unterziehen und falls mit der Beitragszahlung nicht auf dem laufenden, die Beiträge bis zum 1. Januar 1917 nachzukleben. Durch diese Prüfung schützt sich der Versicherte vor Nachteile.

Die verordnete „Eierkur“.

Einem Krankenpatienten in Düsseldorf war von einem Arzt der zuständigen Krankenklasse der Genuß von täglich 4 bis 7 rohen Eiern für eine Zeit von mehreren Wochen verordnet worden. Die Kasse weigerte sich, die Eier zu bezahlen. Das Versicherungsamt beurteilte jedoch die Kasse zur Tragung der Auskosten. Gegen diese Entscheidung legte die Kasse Berufung ein, indem sie geltend machte, Eier seien Nahrungsmittel und kein Heilmittel. Indessen stellte sich auch das Oberversicherungsamt auf den Standpunkt der Vorinstanz, indem es begründend ausführte, daß es lediglich von der Art der Erkrankung und der Verordnung des behandelnden Arztes abhängt, ob nicht auch Eier ebenso wie sonstige Nahrungsmittel, Genuß- oder Stärkungsmittel „Heilmittel“ im Sinne des § 192 der Reichsversicherungsordnung sein können.

Die Entscheidung des Oberversicherungsamts entspricht durchaus dem Gesetz, insbesondere seinem Zweck. Dieser soll mögliche Befreiung des Kranken von Krankheit, nicht aber mögliche Befreiung der Kassen von Leistungen sein.

Beitreibung nach 30 Jahren.

Unter dieser Epigramme brachten wir im September 1915 einen Bericht über eine das Inlassengeschäft des Herrn Paul Strasdas betreffende Verhandlung vor dem Berliner Kaufmannsgericht. Die darin enthaltene Schilderung über die Beitreibung einer angeblich 30jährigen Forderung ist unzutreffend, die von Herrn Paul Strasdas zu bezahlenden Prozeßkosten betragen auch nicht 9 M., sondern 1 M. Diese Berichtigung erfolgte auf Grund des Vergleiches im Privatklageverfahren des Herrn Strasdas gegen den sonst zuverlässigen Herausgeber der „Berliner Kaufmannsgerichts-Korrespondenz“, in dem dieser sich zur Zahlung einer Summe von 80 M. an das „Rote Kreuz“ und zur Tragung der Kosten verpflichtet hat. Der Beklagte hat auch dem zu unrecht angegriffenen Herrn Strasdas sein lebhaftes Bedauern über das Vorkommis ausgesprochen.

Chronik des Weltkrieges.

24. August 1914.

Im Westen schreitet der Angriff vorwärts. Die Truppen der Armee des Kronprinzen von Bayern haben die Linie Lüneville-Plamont-Sirey überschritten. Das 21. Armeekorps ist in Lüneville eingezogen. Außer zahlreichen Gefangenen wurden 150 Geschütze erbeutet.

Die Armee des deutschen Kronprinzen hat den Kampf und die Verfolgung vorwärts Longwy fortgesetzt.

Die Armee des Herzogs Albrecht von Württemberg hat eine über den Semois vorgedrungene französische Armee vollständig geschlagen und zahlreiche Geschütze, Feldzeichen und Gefangene, darunter mehrere Generale, erbeutet.

Westlich der Maas dringen die deutschen Truppen gegen Maubeuge vor. Eine vor ihrer Front auftretende englische Kavalleriebrigade wurde geschlagen.

Im Osten sind starke russische Kräfte nördlich der Eisenbahn Stallupönen-Insterburg vorgedrungen. Der auf Gumbinnen vorgehende Feind wurde vom 1. Armeekorps zurückgeworfen, das 8000 Gefangene machte und mehrere Batterien eroberte. Infolge der Nachricht, daß weitere feindliche Kräfte aus der Richtung des Narew gegen die Gegend südwestlich der Masurischen Seen vordringen, wurden die deutschen Truppen zurückgenommen.

24. August 1915.

An der Westfront Stellungskämpfe.

Im Osten weiteres Vordringen der deutsch-österreichischen Armeen. Ueber 4000 Gefangene werden eingebracht.

Ein deutsches Unterseeboot versenkt ein russisches Hilfschiff im Ausgang des Finnischen Meerbusens durch einen Torpedoschuss.

Nach einer Pariser Meldung werden die jüngsten Klassen des 2. russischen Aufgebots einberufen. Durch die Einberufung würden angeblich 8 Millionen Mann unter 35 Jahre zum Heeresdienst herangezogen werden.

Das tägliche Brot.

Steigender Wert der Jagdpächten.

Einer Zusammenstellung von Jagdpächtergebnissen beweist, wie sehr die Fleischknappheit bei diesen Objekten die Lust zum Ausbieten gesteigert hat. Witwachen können da ja nur die zahlungssträftigsten streifen. Es handelt sich dabei um etwa zehn Gemeinden Nordwestdeutschlands, deren Jagden früher für 80 000 M. zu haben waren, jetzt aber mit 45 000 M. gern bezahlt werden sind.

Und die Preissteigerung geht lustig weiter. Vielleicht haben verschiedene der Nimrode schon gewußt, daß der Bundesrat über die Schwierigkeiten, die sich bei der Einbeziehung von Wild und Geflügel in die zu verteilende Rente angeblich ergeben würden, nicht hinwegkommen könnte, und haben deswegen ihren Geboten keinen Zwang angelegt. In den letzten Tagen sind weitere Verpachtungen erfolgt. Davon seien hier angeführt:

Gemeinde	früherer Pachtpreis	heute
Verlingeln	1 125 M.	2 300 M.
Lengerich	6 235	12 970
Berl.	5 810	7 800
Crommert	2 900	6 290
Veerlage	799	6 790
Ilma	2 850	8 850

Hier ist es, wie man sieht, bei einer Steigerung von 50 und 100 Proz. nicht mehr geblieben: es sind im Aufgebot wahre Kriegssprünge erreicht worden, und das läßt sich in der Tat nur erklären durch die bestimmte Erwartung der in Betracht kommenden Kreise, daß die Reichsfleischkarte an dem Wildbraten vorübergehen werde.

Warum die Seefische teuer sind!

Während die im Frieden billigsten Seefischsorten wie Schellfisch und Kabeljau jetzt einen doppelt bis dreifach höheren Preis erreicht haben und die ärmere Bevölkerung infolgedessen sich nicht einmal an Fischen sattessen kann, heimchen die Fischereigesellschaften, die den Fang und Vertrieb großkapitalistisch betreiben, so wie in ein, die ebenfalls doppelt bis dreifach in die Höhe gegangen sind! So hat die Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“ in Nordenham gegenüber dem Vorjahre 1914/15 ihren Bruttogewinn von 989 278 M. auf 2 228 627 M. erhöht und dazu auch den Zinsgewinn von 4624 M. auf 61 850 M. so daß, trotzdem die Generalunkosten von 283 172 M. auf 881 874 M. stiegen und 153 819 M. für Kriegsfürsorge verausgabt wurde, ein Ueberschuß von 1 112 308 M. bleibt gegenüber 513 351 M. im Vorjahre! Die Dividende wurde von 7 auf 12 Proz. erhöht, wobei aber noch außerdem einem Reservefonds 410 000 M. überwiesen wurden, der im Vorjahre nicht vorhanden gewesen war; läme auch dieser Betrag zur Verteilung, so würde die Dividende nicht nur auf 12, sondern auf 16 Proz. gestiegen sein! Daß dieselbe Gesellschaft noch vor einigen Jahren mit Unterbilanz gearbeitet hat, macht die jetzige Gewinnsteigerung für die Aktionäre noch erhelllicher — die Bevölkerung aber kann sich nun wenigstens eine Vorstellung davon machen, warum die Seefische so teuer sind.

Billige Obstpreise in der Rheinpfalz.

Nach einer dem „Berl. Lokalanzeiger“ zugegangenen Meldung sind für den Regierungsbezirk der Rheinpfalz Höchstpreise für Obst festgesetzt worden. Hiernach dürfen für das Pfund gefordert werden: Falläpfel Erzeugerpreis 7 Pf., Verbraucherpreis 10 Pf., reife Frühäpfel 20 (28), reife Frühbirnen 22 (30), Frühweiden 20 (28), Spätäpfel 12 (16), Reineclauden 25 (35), Mirabellen 30 (40) Pf. — Diese Preise können als angemessen betrachtet werden, wenngleich sie auch noch höher als zu Friedenszeiten sind. In anderen Gegenden, wo die Obstternte nicht schlechter ist, müssen leider doppelt so hohe Preise gezahlt werden, ohne daß dagegen eingeschritten wird.

Der Staatsanwalt gegen widerspenstige Landwirte.

Dr. Heim hat vor einiger Zeit in der Presse an das Kriegs-ernährungsamt die Frage gerichtet: „Ist es richtig, daß der Reichs- futtermittelstelle, Gerste-Abteilung, 40 ostelbische Großgrundbesitzer namhaft gemacht wurden, die entgegen der vorjährigen Gersten-verordnung, 50 Prozent dieser Gerste abzuliefern, gar nichts abgeliefert haben? Diese offene Frage Dr. Heims hat, wie die „Tägliche Rundschau“ erzählt, zur Folge gehabt, daß das Kriegs-ernährungs- amt die betreffenden Betriebe zur Weiterverfolgung der Staatsanwaltschaft namhaft gemacht hat.

Man darf auf den Ausgang der Sache gespannt sein, insbesondere auch darauf, wer diese 40 ostelbischen Großgrundbesitzer sind, die gesetzliche Vorschriften, als für sie nicht existierend, einfach ignorieren haben.

Die Web-, Wirk- und Strickwaren- Streckung.

Die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung will den Bedarf an solchen Waren und an den daraus gefertigten Erzeugnissen sicherstellen. Die hierzu errichtete Reichsbekleidungsstelle hat die Aufgabe, die Vorräte zu verwalten und im besonderen für gleichmäßige Verteilung und sparsamen Verbrauch zu sorgen. Das soll dadurch erreicht werden, daß diese Waren und Erzeugnisse, von gewissen Ausnahmen abgesehen, im Kleinhandel und in der Maßschneiderei seit 1. August nur gegen Bezugscheine erhältlich sind.

Wie man einen Bezugschein erlangt, darüber scheint in der Bevölkerung noch manche Unklarheit zu herrschen. Wir halten daher für nötig, aus den diesbezüglichen Bestimmungen das Wichtigste im Zusammenhang wiederzugeben.

Der Bezugschein wird dem Verbraucher nur auf seinen Antrag erteilt. Ausfertigung des Scheines erfolgt durch die zuständige Behörde des Wohnortes. Das Stadtgebiet Berlin ist hierzu in 23 Ausfertigungsbezirke zerlegt worden, deren jeder seine eigene Ausfertigungsstelle hat. Ausfertigungsstellen sind: 1. Klosterstr. 47/49 (Stadthaus) für Stadtbezirke 1—14 und 143—144, 2. Lindenstr. 97/98 für Stadtbezirke 15—30, 3. Kurfürstenstr. 141 für Stadtbezirke 31—49, 4. Johannisstr. 8 für Stadtbezirke 50—66, 5. Dieffenbachstr. 51 für Stadtbezirke 67—78, 6. Alexandrinenstr. 5/6 für Stadtbezirke 79—97 und 137—142, 7. Andreasstr. 1/2 für Stadtbezirke 98—113, 8. Brandenburgerstr. 37 für Stadtbezirke 114—136, 9. Langestr. 31 für Stadtbezirke 145—165, 10. Am Warshauer Platz (Hochschule für Textil- und Bekleidungsindustrie) für Stadtbezirke 166—177, 11. Jellistr. 12 für Stadtbezirke 178—181, 12. Georgenkirchstr. 11 für Stadtbezirke 182—188, 189 A, D, F, 194—201, 13. Elbinger Str. 4 für Stadtbezirke 189 B, C, E und 190—193, 14. Hinter der Garnisonkirche 2 für Stadtbezirke 202—217 und 269 bis 271, 15. Choriner Str. 74 für Stadtbezirke 218—241, 16. Schönhauser Allee 103 für Stadtbezirke 242—248, 17. Carmen-Platz-Str. 24/26 für Stadtbezirke 249—254, 18. Strelitzer Str. 41a/42 für Stadtbezirke 255—268 und 272—278, 19. Friedrichstr. 126 für Stadtbezirke 279—283 und 297—306, 20. Jwinglstr. 2 für Stadtbezirke 284—290, 21. Wugenhanenstr. 6 für Stadtbezirke 291—296 und 309, 22. Müllerstr. 30 für Stadtbezirke 307—308 und 310 bis 314, 23. Grünthaler Str. 27 für Stadtbezirke 315—326. Geöffnet sind die Ausfertigungsstellen werktäglich 9—1 Uhr und 5—7 Uhr.

Für den Antrag auf Ausfertigung eines Bezugscheines muß ein Bezugscheinformular benutzt werden, das bei der Ausfertigungsstelle oder auch in Geschäften erhältlich ist. Antragsteller muß durch Weiskung der polizeilichen Anmeldung oder sonst einer amtlichen Weiskung nachweisen, daß er im Bezirk der Ausfertigungsstelle wohnt, der Bezugschein hat auf den Namen des Familienhauptes auch dann zu lauten, wenn der gewünschte Gegenstand für ein anderes Familienmitglied bestimmt ist. Angegeben ist, für wen die Beschaffung erfolgen soll, bei Kindern auch das Alter. Im Haushalt befindliche Personen, die nicht zur Familie gehören (Dienstboten oder sonstiges Hauspersonal, Mieter, Schlafkinder, Lehrlinge, Gehilfen, Pensionäre) haben den Bezugschein auf ihren eigenen Namen auszufüllen; ebenso solche erwachsene Personen, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Für jede Warengattung ist ein besonderer Bezugschein auszufüllen.

Nur im Bedarfsfalle wird der Bezugschein bewilligt. Antragsteller muß die Notwendigkeit auf Verlangen darzulegen, doch kann hieron Abstand genommen werden, wenn die Vermutung für die Notwendigkeit spricht. Die Feststellung der Notwendigkeit erfolgt durch die bei den Ausfertigungsstellen eingerichteten Prüfungsstellen. Mit Prüfung und Weiskung können noch andere Stellen betraut werden. In Berlin hat der Magistrat auch die freien Gewerkschaften ermächtigt, Anträge ihrer Mitglieder entgegenzunehmen sowie die Notwendigkeit der Anschaffungen zu prüfen und zu weiskungen. Auch die erforderlichen Bezugscheinformulare sind bei den Gewerkschaften zu haben.

Von den Vorschriften der Verordnung nur gegen Bezugscheine sind gewisse Waren und Erzeugnisse ausgenommen. Die Listen dieser ohne Bezugscheine erhältlichen Dinge kann wegen ihrer Länge in diesem Zusammenhange hier nicht wiedergegeben werden; näheres darüber ist in Geschäften leicht zu erfahren. In der Liste stehen auch viele der besseren und teureren Waren, bei denen man keinen Massenverbrauch erwarten zu dürfen glaubt, weil sie nur für lauffähigere Leute erschwinglich sind.

Aus Groß-Berlin.

Du ahnungsloser Engel du!

Nicht nur Männer gibt es, die eine scharfe rücksichtslose Sprache gegen die Regierung führen, sondern auch Frauen. Zu ihnen gehört auch die Romanvielfreiberin Marie Diers. Sie hat herausgefunden, daß die Regierung viel zu schlappschwänzig ist. Neulich hat Marie Diers sich über Kriegsfrauen geäußert, die in einem Eisenbahnabteil über den Krieg klagten. Sie ist erobert darüber, daß die Frauen ihre Männer wiederhaben wollen. Im „Türmer“ läßt sie sich also vernehmen:

„Statt die albernsten Weiber schreien zu lassen: „Wir wollen unsere Männer wiederhaben!“ (was sicher von vielen gar nicht ernst gemeint war, denn gerade diese Sorte fühlt sich ohne ihre Männer viel wohler), hätte man sie von Anfang an mit fester Hand halten müssen, daß solch ein Blödsinn sich gar nicht hervorzugetrag hätte. . . . Daß die Schreierinnen von dem Abte der heutigen Politik so absolut nichts ahnen, ist und bleibt ein Fehler der Leitung, der die feste, rücksichtslose Hand nicht eigen war. Statt daß man die Weiber bei öffentlichen Ansammlungen, wie dem „Vatterstehen“, ungehindert schreien und schimpfen läßt, daß jedem vernünftigen Menschen abel davon wird, hätte eine kräftige Polizei die Schimpferinnen sofort herausgreifen und einsperren müssen. Selbst in dem Falle, wo die Regierung durch ihre noch immer unauferklärte Radikalität gegen die Arbeiter sich an den Lebensmitteln-Verlegenheiten mitschuldig fühlte, dürfte sie die öffentliche Ordnung nicht verletzen lassen. Eine entschlossene Justiz hat immer und überall noch mehr Achtung gefunden als eine weiche, nachgiebige. Und diese Waisensache jedes starken Staates muß man jetzt als neue Erkenntnis in Preußen auslesen!“

Beim Lesen dieser Scharfmacherepisoden der edlen „Gartenlauben“-Dichterin ist man im Zweifel, ob man der Empörung Raum geben soll über die verständnislose Kathherzigkeit, die in dem Geschreibsel steckt, oder ob man diesen ahnungslosen Engel bemitleiden und ihm wünschen soll, lieber eine Heilanstalt aufzusuchen.

60 Gramm Butter, 30 Gramm Margarine.

In der Zeit vom 28. August ab, werden wiederum nur 60 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine auf den Kopf der Bevölkerung als Wochenportion verteilt werden. Die Preise betragen unverändert 32 Pf. für 60 Gramm bester Butter und 12 Pf. für 30 Gramm Margarine.

Eine weibliche Vorsitzende der Brotkommission. Der Vorsitz in der 40. Brotkommission ist der Lehrerin Fräulein E. Gnagy übertragen worden, die bereits seit einem Jahre in der Kommission ehrenamtlich tätig ist. Es ist dies der erste Fall, daß eine weibliche Vorsitzende einer Berliner Brotkommission ernannt worden ist.

Neue Petroleumkarten.

Wie im Vorjahre sollen auch im kommenden Winter zur vorzugsweisen Beschaffung von Petroleum Karten an Heimarbeiter, Hausgewerbetreibende und sonstige Personen ausgeben werden, die weder Gas- noch Elektrizitätsanschluß haben und zum Erwerb des Lebensunterhalts auf Tätigkeit in der Wohnung angewiesen sind oder sonstige ein besonderes Bedürfnis nachweisen.

Es kommen nur Berliner Einwohner in Betracht. Der bereits im Vorjahre Petroleumkarten bezogen hat, kann, sofern sich an den maßgebenden Verhältnissen bei ihm nichts geändert und sofern er inzwischen seine Wohnung nicht gewechselt hat, ohne weiteres Petroleumkarten bei seiner Brotkommission in Empfang nehmen.

Im übrigen sind Anträge auf besonderem Formular zu stellen, das bei der Brotkommission erhältlich und nach Ausfüllung dort wieder abzugeben ist. Die Anträge können nur befriedigt werden, soweit die uns von der Regierung überwiesenen Petroleummengen reichen und die Voraussetzungen für die Bewilligung erfüllt sind.

Für die Beleuchtung bloßer Wohnräume und für die Beleuchtung gewerblicher Räume, ferner für rein gewerbliche Zwecke werden Petroleumkarten von uns nicht ausgeben.

Die Geltungszeit der Karten beginnt mit dem 28. August d. J. Wegen der Sommerzeit gelangt im September nur 1/2 bezw. 1/4 Liter für die Woche zur Ausgabe. Die später auszuteilenden Mengen werden seinerzeit bekanntgegeben werden.

Die Karten, zu deren Erlangung hiernach kein neuer Antrag erforderlich ist, liegen vom Freitag, den 25. August ab bis Freitag, den 8. September in den Brotkommissionen zur Abholung bereit. Neue Anträge auf vorgefertigtem Formular sind daselbst bis Freitag, den 8. September bis einzureichen.

Es wird darauf hingewiesen, daß das durch Karten zur Verteilung gelangende Petroleum nur einen Teil der im Handel befindlichen Petroleummengen ausmacht.

Zur Explosionskatastrophe in Charlottenburg.

Die Zahl der Todesopfer, die das grausige Explosionsunglück in der Wallstr. 95 in Charlottenburg gefordert hat, hat sich wiederum um ein s vermehrt. Im Krankenhaus Westend ist am gestrigen Mittwoch früh der fünfjährige Hermann Wichert seiner Mutter in den Tod nachgefolgt. Damit ist die Zahl der bei der Katastrophe ums Leben gekommenen Personen auf vier gestiegen. Und es muß leider immer noch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß das furchtbare Unglück noch weitere Opfer fordern wird. Der Zustand der im Krankenhaus Westend daniederliegenden Kinder ist sehr ernst und es kann leider nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, daß es der aufopfernden Kunst der Ärzte gelingen wird, alle am Leben zu erhalten. Auch das Befinden des Arbeiters Hermann Trohl ist sehr bedenklich. Dagegen befinden sich der 60jährige Portier Schulze, Frau Trohl und Frau Schön außer Lebensgefahr; ihr Zustand hat sich sogar über Nacht nicht unerheblich gebessert.

Die Vernehmungen bezüglich der Ursache der Gasexplosion gestalten sich ziemlich schwierig. Die einzige Zeugin, welche darüber genaue Auskunft hätte geben können, wäre Frau Wichert, die bekanntlich gestorben ist, ohne vorher das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Durch die Explosion haben die betroffenen Familien ihre gesamte Habe eingebüßt, was um so bedauerlicher ist, da es sich zuweilen um arme Kriegesfrauen handelt. Es herrscht in Charlottenburg eine große Knappheit an kleinen Wohnungen, und da die meisten von dem Unglück betroffenen Frauen tagsüber schwere Arbeit tun müssen, sind sie nicht in der Lage, schnell geeignete Unterkunft sich zu beschaffen. Wie wir hören, will sich die Stadt an die Hauseigentümer wenden mit der Bitte, vorübergehend für die betroffenen Familien Platz zu schaffen. Auch soll eine Sammlung für die ihrer Habe Beraubten in Groß-Berlin veranstaltet werden.

Der Vater vom Sohn erschossen?

Am Bahnhof Zoologischer Garten wurde gestern ein Soldat in den mittleren Jahren nicht weit von der militärischen Kontrolle von einem jüngeren Menschen erwartet und beim Näherkommen mit einem Revolver, den der junge Mann plötzlich hervorholte, erschossen. Anwesende Samariter bemühten sich sofort um den Betroffenen, konnten aber nicht mehr helfen. Der Mann war tot. Der junge Mann wurde sofort ergriffen. Es handelt sich um den stud. phil. Karl Grünberg aus der Wärdiner Straße Nr. 34. Der alte Grünberg, ein Museumsaufsichtsbeamter, der jetzt während der Kriegszeit auf dem Bahnhof Zoologischer Garten Dienst tat, trennte sich vor 1 1/2 Jahren von seiner Frau und wohnte seitdem mit einer Geliebten zusammen in der Beusselstraße 25. Er reichte auch die Scheidungslage ein, wurde aber damit abgewiesen. Sein Sohn Karl wohnte bei der Mutter und erwarb sich die Mittel zum Studium durch Stundenarbeiten. Bei Beginn des Krieges trat er als Freiwilliger ein, wurde aber nach sechs Wochen wegen Neurose wieder entlassen und einstweilen zurückgestellt. Er fühlte sich, wie er sagt, berufen, Vater und Mutter wieder zusammenzuführen und die Ehre der Familie wieder herzustellen. Seine wiederholten Bemühungen bei dem Vater blieben jedoch erfolglos. Western mußte sich der junge Mann wieder stellen und wurde zur Infanterie angesetzt. Auf dem Wege nach Hause sah er den Entschluß, bevor er zum Militär eintrete, aber nach sechs Wochen wegen Neurose wieder entlassen und einstweilen zurückgestellt. Er fühlte sich, wie er sagt, berufen, Vater und Mutter wieder zusammenzuführen und die Ehre der Familie zu retten. Schon in der Wohnung der Mutter erschien ihm, wie er sagt, sein Vater im Bilde. Er schoß auf die Vision, steckte dann den scharfgeladenen Revolver in die Tasche und ging nach dem Bahnhof. Hier wartete er bis der Vater kam und sein Dienstzimmer betrat. Jetzt öffnete er die Tür, ging ihm nach und gab zwei Schüsse auf ihn ab. Der junge Grünberg gab zu, die Tat geplant zu haben. Ob er ganz zurechnungsfähig ist, erscheint zweifelhaft. Es wird Sache der Ärzte sein, zu prüfen, wie weit er für seine Tat verantwortlich ist. Heute wird er wegen Mordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Wem gehört das Kind?

Am 10. Juli d. J. hat eine unbekannt Frau, etwa 80 Jahre alt, 1,60 groß, von kräftiger Figur, mit blondem Haar, die redbraunen Aol, weiße Bluse und dunklen Hut mit Blumen trug, auf dem Bahnhof Alexanderplatz im Wartesaal 8. Klasse den dort bedienenden Rechner einen Sportwagen mit einem Rinde männlichen Geschlechts circa 1 1/2 Jahre alt mit dem Bemerkern übergeben, daß sie nur eine in der Nähe wohnhafte Schwester besuchen und dann sofort zurückkehren werde. Die Frau ist nicht zurückgekehrt, sodas das Kind, das blondes lockiges Haar und braune Augen hat, und ein braunes Kleidchen mit weitem Vordereck, weitem Unterrock, roten Strümpfen mit blauem Band und schwarzen Schuhen trug, dem Waisenhause übergeben werden mußte. Der Sportwagen ist grau, in ihm befanden sich Kissen mit weitem Bezug, ein weißer Kindermantel, ein grauer Kinderstoffhut.

Das Polizeibezirksamt Berlin-Mitte, Kolonnenstr. 1, 2 (Kriminalbezirk) bittet um Mitteilung, falls irgend etwas über die Person der Mutter oder des Kindes bekannt sein sollte. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß das Kind bisher irgendwo in Pflege war und zur fraglichen Zeit von der Mutter dort abgeholt worden ist.

Arbeiterbildungsschule. An den heute Donnerstagabend stattfindenden wissenschaftlichen Einzelvortrag sei nochmals erinnert. Genosse H. Hofrichter wird über das Thema „Preußen und Oesterreich“ unter Berücksichtigung des Friedensschlusses von Prag am 23. Juli 1866 sprechen. Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, statt. — Eintrittspreis 10 Pf.

20 000 Lebensmittelkarten hatten zwei Brotkarteneinbrecher erbeutet, die gestern von der Rentkammer Kriminalpolizei ermittelt und inhaftiert gemacht wurden. Es sind die 47 und 34 Jahre alten Kellner Fritz Paarel aus der Elstiger Str. 119 und Robert Treß aus der Buckower Str. 4, die in der letzten Zeit als Spezialität den Brotkartendiebstahl betrieben.

Ein fünfzehnjähriger Kapitän besorgt in Rahndorf die Gemeindefähre. Der junge Mensch ist Kapitän des Motorbootes, Kaffierer und Gestmacher des Bootes. Diese Tatsache wird nach dem kürzlich stattgefundenen Unglück auf der Dahme lebhaft kommentiert.

Gefunden wurde am letzten Sonntag an der Brücke in Schmöwitz eine kleine Handtasche mit Schwaren und einem Portemonnaie mit Inhalt. Der Verlierer kann sich den Fund abholen bei Otto Beyer, Prinzenstr. 80.

Aus dem Stößensee gefischt wurde im Grunewald die Leiche eines Mannes, die wohl schon längere Zeit im Wasser gelegen hat. Der Estrunkene ist ungefähr 40—45 Jahre alt und 1,70 Meter groß und trug einen schwarzen Jacketanzug, graue Strümpfe, schwarze Schuhschuhe und Dourenmäde und hatte eine schwarze Stahlfeder mit schwarzem Zifferblatt und schwarzen Ziffern bei sich. Die Leiche wurde nach der Halle in Schildhorn gebracht.

Gesperrt. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Brunnenstraße zwischen der Rheinländer und der Bernauer Straße wird wegen Untergrundbahnarbeiten zunächst für den Fahrverkehr auf der Ostseite, und zwar bis zum 26. d. M., alsdann auf der Westseite bis zum 31. d. M. gesperrt.

Ausstellung für Mutter und Säugling. Anfang September wird im Herrenbau, Leipziger Str. 8, eine belehrende Ausstellung „Mutter und Säugling“ eröffnet, sie bleibt einen Monat für die Beschäftigung des Publikums bestehen. Die Veranstaltung geht aus von den Organisationen: Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin, Deutsch-evangelischer Frauenbund, Ortsgruppe Berlin, Katholischer Frauenbund, Jüdischer Frauenbund, und Kirchlich-soziale Frauengruppe.

Die Ausstellung wird zusammengefasst vom Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hause, dem bekannten Zentralinstitute, und steht unter dessen dauernder Leitung. Die Ausstellung wird dem großen Publikum, das äußerst gering bemessenen Eintrittspreise bezug, durch Ausgabe von Freikarten, die Mütterlichkeit geben, sich durch zahlreiche wertvolle und lehrreiche Bilder, Wachsmodelle, Präparate und Tabellen darüber zu unterrichten, wie die Pflege und Ernährung des Säuglings gehandhabt werden muß, um ihn gesund zu erhalten. Die Ausstellung soll dazu beitragen, die Erhaltung und Kräftigung unseres Nachwuchses zu gewährleisten.

Aus den Gemeinden.

Regelung des Saccharinverkaufs in Neuföhna.

Mit dem Verkauf des Saccharins sind die Drogerien beauftragt worden. Der Verkauf an die Verbraucher darf nur gegen Vorlegung der Rentkammer Haushaltungskarte erfolgen. Jeder Haushalt darf nur ein Briefchen Saccharin entnehmen. Dafür ist der Abschnitt A vom Verkäufer abzutrennen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß bei der Benutzung des Saccharins sehr vorsichtig vorgegangen werden muß, da es 400fache Süßkraft enthält.

Städtischer Eierkleinhandel in Lichtenberg.

Nachdem der Lichtenberger Magistrat schon vor etwa vier Monaten den Großhandel mit Eiern in städtische Verwaltung übernommen und dadurch eine genaue Kontrolle über die Versorgung der Stadt mit Eiern erreicht hatte, ist er jetzt dazu übergegangen, auch den Kleinhandel mit Eiern in eigene Verwaltung zu übernehmen und in städtischen Verkaufsstellen stattfinden zu lassen. Wie aus einem Schreiben des Magistrats an die Eierhändler hervorgeht, ist der Grund zu dieser Maßnahme darin zu erblicken, daß die „Durchmischung“ der Eier und die Forderung der Einwohner, schlechte Eier zurückzunehmen, zu Streitigkeiten und Beschwerden über die Händler geführt hat. Die Folgen dieser Auslieferung für die Eierhändler will der Magistrat dadurch mildern, daß er den Eierhändlern die Möglichkeit gibt, als städtische Verkäufer gegen angemessene Entschädigung Beschäftigung zu finden.

Die sozialdemokratische Notstandsinterpellation in Weissensee abgelehnt.

Die vom Genossen Faubmann begründete und vom Genossen Schlemminger ausgehende besprochene Interpellation um Verbilligung der Kartoffeln und Minderung der Lebensmittelpreise, sowie die Aufforderung an die Regierung, die unerschwinglichen Preise auf alle Bedarfsartikel herabzusetzen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und des Sozialen Louis abgelehnt mit der Begründung, daß der Gemeindevorstand nach wie vor bemüht sein wird, auch im kommenden Winter die Lebensmittelversorgung mit allen Kräften zu fördern. Eine Kartoffeln- resp. Annapfelpetition wird nach Aussage des Bürgermeisters nicht eintreten, da alle umliegenden Nachbarorte verpflichtet worden sind, die geernteten Kartoffeln den Weissensee abzuliefern. In nächster Zeit können sich die Einwohner sogar mit größeren Mengen Kartoffeln für den Winter versorgen. Andere Lebensmittel, wie Fleisch und Fett, will ebenfalls der Gemeindevorstand soweit wie möglich aufkaufen. Was die Herabsetzung der Preise anbetrifft, soll der Preisprüfungsstelle durch das Mitglied der Gemeindevertretung aufgegeben werden, nach Möglichkeit den Wünschen unserer Genossen Rechnung zu tragen. Die von uns getragenen falschen Maßnahmen der Regierung in der Lebensmittelversorgung haben keine Berechtigung, da nach Meinung der bürgerlichen Herren die Regierung alles getan habe, was notwendig war; daß der Regierung Fehler unterlaufen sind, wurde zugegeben, jedoch liegt ein Grund zum Protestieren nicht vor. Daß die reichen Leute immer noch Gelegenheit haben, sich genügend mit Lebensmitteln zu versorgen, wurde bestritten, da sie sich ebenfalls nach den gesetzlichen Bestimmungen richten müssen, die bei Verletzung mit hohen Strafen geahndet werden. Die von unserer Seite erhobenen Beschwerden bei den gemeindlichen Einrichtungen wurden sogar als Verdächtigungen bezeichnet, da die geschädigten Verhältnisse einfach nicht vorgekommen seien. Im Gegenteil sollte man den gemeindlichen Einrichtungen mehr Vertrauen entgegenbringen; so wurde vom Leiter des Wohlfahrtsamts auf die neu eingerichtete Zentralkasse hingewiesen, wo man für billiges Geld ein nahrhaftes Mittagsgeschäft erhalten kann. Alle Anregungen sollen aber zur Beruhigung der Bevölkerung nachgeprüft und etwaige doch vorhandene Mängel beseitigt werden.

Gemeindevertretung in Adlershof.

Die letzte Sitzung wählte zum Waisensrat an Stelle des Herrn Richter den Magistratssekretär Guntzert. Für Anpflanzungen auf dem Friedhof wurden 50 M. bewilligt, auch soll der Friedhof den Bedürfnissen entsprechend vergrößert werden. Verlängert wurde der Vertrag mit der Fuhrunternehmerin Frau Rige auf Stellung von Gespannen zum Gemeindevorstand, unter Erhöhung von 15 auf 20 M. bis 31. März 1917. Dem neugewählten Gemeindevorsteher wurde sodann das Bürgerrecht verliehen.

Kartoffelverkauf in Nowawes.

Der Verkauf von Kartoffeln, deren Preis jetzt auf 70 Pf. für 10 Pfund festgesetzt ist, erfolgt auf Grund der Kartoffelkarten nur noch in der Turnhalle in der Schanzdorferstraße, und zwar an

folgenden Tagen: Dienstags 9—12 Uhr vormittags und 2—7 Uhr nachmittags, Mittwochs und Freitags 2—7 Uhr nachmittags, Sonnabends 9—12 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags. Die Händler erhalten bis auf weiteres keine Kartoffeln zum Verkauf. Kartoffelerzeuger dürfen im Kleinverkauf Kartoffeln nur an solche Personen abgeben, die in der Gemeinde ihren ständigen Wohnsitz haben.

Gerichtszeitung.

Arrechnung zugeschnittener Butter!

Wer Butter von außerhalb bezieht, muß nach der erlassenen Vorschrift das erhaltene Quantum anmelden und sich auf seine Butterarten verrechnen lassen. Gegen dieses Gebot hatte eine Frau E. — wie sicherlich so manche andere Hausfrau — verstoßen. Sie hatte sich dreimal je 9 Pf. Butter von außerhalb zuzubringen lassen, sie aber nicht angemeldet, sondern daneben auch noch ihre Butterkarte verbraucht und auch einen Nachbar dieses Butterlegens teilhaftig werden lassen. Sowohl sie als auch der Nachbar wurden dafür mit einem Strafbefehl über je 30 M. bedacht. Das Schöffengericht, welches angerufen wurde, ermäßigte die Strafe bei der Frau auf 20 M., bei dem Manne auf 10 M.

Ungebühr vor Gericht.

Einen unerwarteten Abschluß hatte eine Verhandlung vor der 1. Ferienstrassammer des Landgerichts I, vor welcher sich der Schlächtermeister Alfred Flechtner wegen Ueberschreitung der Höchstpreise zu verantworten hatte.

Bei dem Angeklagten hatte eine Frau 1 Pfund Kalbfleisch und ein halbes Pfund Mädelfleisch gekauft und nach ihrer Behauptung dafür 4 M. 80 Pf. bezahlt, während nur 3,65 M. zu bezahlen gewesen wären. Erst bei der Rückkehr in ihre Wohnung wurde sie von ihrem Schwiegerjohn dahin belehrt, daß sie zu viel bezahlt habe. Sie konnte die Beschwerde bei dem Angeklagten nicht sofort am nächsten Tage andringen, weil es ein feierlicher Tag und das Geschäft geschlossen war; als sie dann später die Herausgabe des zu viel gezahlten Geldes verlangte, wurde dies abgelehnt mit dem Bemerkten, daß, wenn die Ware nur 3,65 M. gekostet habe, unter allen Umständen auch nur so viel der Frau aberlangt worden sei. Da die Zeugin beschwor, daß sie auf einen zur Bezahlung hingebenen Zehnmarktschein nur 20 Pf. herausbekommen habe, hielt das Schöffengericht den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte ihn zu 500 M. Geldstrafe. In der gestrigen Verhandlung vor der Berufungskammer wurde u. a. auch die im Geschäft des Angeklagten als Verkäuferin tätige Schwägerin deselben vernommen, die sehr lebhaft die Behauptung der Zeugin bestritt oder das Vorliegen eines Irrtums als möglich dargetan wollte. Das Gericht verwarf aber die Verurteilung des Angeklagten. Dieser Ausgang brachte die Zeugin in solche Erregung, daß beim Verlassen des Saales aus ihrem Munde als Ausdruck ihrer Empörung der laute Ruf erklang: „Das ist die Gerechtigkeit in Deutschland!“ Sie wurde sofort festgehalten, vor den Richter geführt und auf den Antrag des Staatsanwalts in eine Ordnungsbüße von 100 M. event. zwei Tagen Haft genommen.

Zu teures Gen.

Für Wiesen- und Feldheu mindestens mittlerer Art und Güte ist ein Höchstpreis von 6,40 M. für den Zentner festgesetzt. Der Gärtner Salber hatte am 27. März einem Zeugen losgebrachten Wiesenheu zum Preise von 9,50 M. pro Zentner vergeblich angeboten und einige Tage später einem anderen mehrere Zentner Heu für 7 M. pro Zentner verkauft. Er war für diese Ueberschreitung der Höchstpreise vom Schöffengericht zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte hiergegen Verurteilung eingelegt, nahm diese aber verständigerweise zurück, zumal sich herausstellte, daß der Angeklagte nicht Händler, sondern Selbstzeuger des Heus war und der Vorsichtende ihm klar gemacht hatte, daß er als solcher nicht einmal 6,40 M., sondern nur 6 M. hätte nehmen dürfen.

Aus aller Welt.

Sie wollten sich lieb Kind machen.

Unregelmäßigkeiten beim städtischen Speckverkauf in W a r m e n wurden im April d. J. aufgedeckt. Sie sind von zwei mit der Bewachung der in einer Turnhalle lagernden Vorräte betrauten Hilfspolizeibeamten namens Julius Sopp und Gustav Otto begangen. Beide haben nach geschlossener Verkaufszeit von den in halbe Pfunde abgewogenen und eingeschlagenen, in zehntausende Kisten verpackten Speckvorräten viele Halbpfundpakete mitgenommen und an bekannte Kollegen und sogar an Vorgesetzte verkauft, denen sie sagten, sie wären hierzu berechtigt. Das Geld hat Otto feilsch abgekauft. Sopp war bei Aufdeckung der Sache noch im Besitz des Geldes für 30 halbe Pfunde; er will verhindert gewesen sein, es abzuliefern. Was zu zehn und mehr solcher Speckpaketen bekamen einzelne Beamte, die überhaupt kein Anrecht auf die für die minderbemittelte Bevölkerung bestimmte Ware hatten. — Das Schöffengericht W a r m e n hatte die beiden Beamten wegen eigenmächtigen Gewahrsamsbruchs zu je drei Monaten Ge-

fängnis verurteilt, die Strafkammer in E i b e r f e l d ermäßigte aber diese Strafe auf je einen Monat Gefängnis. Sie nahm an, daß beide nicht aus Eigennutz gehandelt hätten, sondern sich lediglich bei Kollegen und Vorgesetzten hätten „lieb Kind“ machen wollen.

Der Hage Thüringer.

Im Weimarschen sind die Eier am teuersten, im Altenburgischen die Kartoffeln, im Meiningischen die Butter, und in Preußen bringen die Äcker am meisten ein. „Deshalb gebe ich“, so soll ein geübter Thüringer gesagt haben, „mit den Eiern ins Weimarsche, meine Frau mit den Kartoffeln ins Altenburgische, mein Sohn mit der Butter ins Meiningische und meine Tochter mit den Äckern nach Erfurt. Gott sei Dank, daß wir von Preußen die Eisenbahn haben, so können wir alle Mittag wieder zu Hause sein. Ja, wenn wir die kleinen Staaten nicht hätten...“

Folgeschwere Explosion. Aus R e h e i m in Westfalen wird gemeldet: In der Lackerei der Import- und Export-Lampenfabrik explodierten mehrere Benzolbehälter, wodurch ein verheerender Brand entstand. Ein großer Teil der Gebäude ist den Flammen zum Opfer gefallen. Bei der Explosion erlitten zwei Personen schwere Verletzungen, mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Parteiveranstaltungen.

Adlershof. Dritte Donnerstag findet im „Gesellschaftshaus“, Bischofsstr. 29, eine Mitgliederversammlung statt, in welcher der Vorsitzende Genosse F r a n k e einen Vortrag halten wird. Neuenhagen. Sonntag, den 27. August 1916, findet ein Ausflug zum Sommerfest nach Petershagen statt. Billets zum Preise von 25 Pf. (Kinder 10 Pf.) sind beim Genossen Häbiger, Schindlerstr. 14, zu haben. Der günstige Abfahrtsort am Bahndamm nachmittags 2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Verordnungen der hiesigen Behörden zu Frankfurt a. Main über die Lebensmittelversorgung. Ein Fährer für Händler und Verbraucher zusammengestellt von H. Kirchner. 1. Nachtrag. 60 Pf. — J. B. Kufardt, Frankfurt a. M. Erste Fahrt. Gedichte von G. Galtmann. 30 S. — Saturn-Verlag, G. Reister, Heidelberg.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends 8. 17. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschluß und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

M. A. 40. Grüner Weg 16. — M. A. 100. Ist kann angenommen; da Ihnen aber annehmend viel daran gelegen ist, so wenden Sie sich um sachdienlichen Rat an den Telegraphenbetriebsrat, Adressstr. 17. — M. A. 14. Verband sozialdemokratischer Arbeitervereine, Lindenstr. 3, 3. Hof 3 Treppen. Bureauzeit von 9—11 und 4—7 Uhr. — M. A. 17. 1. und 2. Mitteilungen darüber sind zurzeit nicht zulässig. — M. A. 4. 1. Ein das vorige Reisedeumt. 2. Uneres Wissens ja. — G. A. 1916. 1. Wenden Sie sich an die Verteilungsstelle des Nachtrags, im Rathaus. 2. Können solche zugewiesen werden, ist fraglich. 2. Mit dem Nachtragsheft in Friedrichshagen. — G. A. 75. Sie müssen sich zur jetzigen Mutterung stellen und erhalten keine schriftliche Bestätigung über vom Bestimmungsmomente. — J. S. 59. Sie können für den zweiten Sohn keine Unterhaltung verlangen. Wohl aber können Sie Antrag auf Unterhaltung für die Tochter stellen mit der Begründung, daß der Sohn für ihren Unterhalt gesorgt hat. — G. A. 1914—1916. Landsturmpflichtig. Geringe allmähliche Beschwerden und Herzleiden. Sie müssen sich zur jetzigen Mutterung stellen. Auf die mündliche Bezeichnung als d. u. können Sie sich nicht verlassen. Sie müssen sich deshalb jetzt zur Mutterung melden. — M. A. 100. Sie müssen sich melden. — M. A. 100. 1. Juridisch, Herzfehler. 2. Die erste von Ihnen angegebene Bezeichnung steht im Widerspruch mit der zweiten, weshalb wir Ihnen empfehlen würden, sich zur Mutterung zu melden. 3. Ja. 4. Juridisch, lungenseiden. — M. 10. Wenn Ihnen nichts an der Uebernahme der Vormundschaft liegt, können Sie dem Gericht mitteilen, daß Sie nicht gewillt sind, die Vormundschaft anzunehmen, da Sie jetzt an der Ausübung der Rechte Ihres Mündels verhindert sind. — D. H. 49. Sie brauchen sich nicht zu stellen. — M. A. 1896. 1. Hamburger Landesverein vom Roten Kreuz. Ansuchen für deutsche Kriegsgefangene, Hamburg, Ferdinandstr. 75. 2. Die Wohnung kann Ihnen gegolten werden. Der Antrag ist zu richten an das Urlaubsbattalion desjenigen Regiments, zu dem der Betreffende eingezogen wurde. — M. A. 11. Sie brauchen nicht zur Mutterung. — M. A. 26. Sie und Ihre Schwester haben neben der Stiefmutter Anrecht auf die Hälfte des Erbschafts. Der Nachlaß vom Vater ist ebenfalls Ihnen beiden zu. — M. A. 100. Sie müssen Ihre Ansprüche durch Klage geltend machen. — G. A. 74. Sie müssen sich zur Kontrolle melden. — Anna 15. Nach der Umwidmung auf Ihren Namen würde das Geld als Ihr Eigentum zu betrachten sein. Die Umwidmung ist bei der Reichsbank vorzunehmen. — M. A. 50. Sie befinden sich im Irrtum. Eine solche Bundesratsverordnung gibt es nicht. Die Vorgesetzten haben die Berechtigung dazu.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Im Binnenlande von Osten nach Westen fortschreitende Aufhellung und langsame Erwärmung; später im Westen neue Trübung, vereinzelt leichte Regenfälle; im Küstengebiet ein wenig wärmer, vorherrschend wolfig und öfter etwas Regen.



Trustfrei

Trustfrei

„Unsere Marine“ - Zigarette

2 1/2 Pfg. einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Zigarettenfabrik, Dresden-A.